Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

50 (15.12.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 50 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Rastatt) Karlsruhe, 15. Dezember 1950 50 D-Pfennige

Anläßlich der Einweihung der Taschentuchweberei Dr. Winkler in Blumberg, über deren Errichtung aus ERP-Kredilten und Mitteln des Badischen Staates wir in unserer Ausgabe vom 18. November 1950 berichteten, werden zum nächsten Wochenende dem Orte Blumberg von der Badischen Regierung die Stadtrechte verliehen. Blumberg, dessen Einwohnerzahl von 700 im Jahre 1936 auf 4100 in diesem Jahre anstieg, erlebte nach 1945 durch die Stillegung und Demontage der Doggerers-Werke und einiger anderer Betriebe ein Anschwellen der Arbeitslosenzahl verbunden mit einem immer wachsenden Flüchtlingszustrom. Durch Errichtung neuer Industrien und Neubau von Siedlungen ist die Arbeitslosigkeit und das Wohnungsproblem in Blumberg praktisch behoben worden. Unser Bild zeigt die Weberei und einen Teil der umliegenden großen Wohnsiedlung.

Kein Interesse an Rüstungsproduktion

Verschärfung des Kalten Krieges in Sicht - „Schwarze Listen" für den Ost-Westhandel Steigerung der Importpreise zu erwarten - Rückwirkungen des USA-Notstandes

Die Türe zwischen Ost und West wurde nicht zugeschlagen, wie noch vor 14 Tagen zu befürchten war. Wir gehen also einem friedlichen Weihnachten entgegen. Der Westen hat Moskau, dessen willfährigen rotchinesischen Satelliten die berüchtigten „weichen Stellen" im westlichen Gefüge, deren Beseitigung vor Jahr und Tag Dean Acheson verkündet hatte, geradezu in beschämender Weise aufgezeigt. Und Moskau zögert nicht, diese Schwächen, und es handelt sich geradezu um sträfliche Schwächen, in seine Rechnung einzusetzen. Ob diese Rechnung für den Kreml aufgehen wird? Es dürfte nachgerade der Fall sein. Wenn es der Westen auch nicht wahr haben will, so dürfte es doch zu einem kleinen „Fernost-München" kommen. Daß der Osten, d. h. der Kreml, daraus gestärkt hervorgehen wird, dürfte gewiß sein.

Den Westalliierten bleibt in ihrer derzeitigen Lage nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und, was wenig angenehm ist, nach einer militärischen Schlappe an den Verhandlungstisch zu gehen. Eine gewisse Erleichterung bietet allerdings der vom politischen Ausschuß der UN vorgeschlagene Waffenstillstandsplan, der im Augenblick von der Vollversammlung behandelt werden soll. Die Westalliierten sind, wie Außenminister Schuman erklärte, im Begriff, Moskau eine Note zu übermitteln, die zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland, vor allem aber über dessen Aufrüstung, einlädt. Sollte dieses Gespräch in Gang kommen, so ist es durchaus möglich, daß man zu einem Kompromiß gelangt, d. h., daß man etwas aushandelt. Wenn man bedenkt, daß man während der Abfassung der Einladung an den Kreml die Höhe des für die Atlantikpaktarmee vorgesehenen deutschen Kampfgruppenkontingents bekanntgab, für das sich Frankreich nach wie vor nicht erwärmen kann, dann dürfte vielleicht hierin schon der Ausgangspunkt für ein Kompromiß sein. Im Augenblick ist jedenfalls das beklemmende Gefühl der Westeuropäer, denen wieder einmal deutlich ihre Ohnmacht vor Augen geführt wurde, etwas gewichen. Ob die Sowjets an einer Entspannung interessiert sind, wird von dem Ausgang der Waffenstillstandsverhandlungen abhängen. Eine kleine Bereitschaft dürfte darin liegen, daß der Kreml den bereits verstaubten österreichischen Staatsvertrag wieder aus dem Aktenschrank holen wird. Bekanntlich sind für seine Fertigstellung einige wenige kaum nennenswert wichtige Paragraphen zu erledigen und es brauchte, wie man bei den letzten Verhandlungen über diesen Vertrag von alliierter Seite äußerte, nur etwas guten Willen von seiten der Russen, um ihn innerhalb von einigen Stunden fertigzustellen.

Kein Interesse an Rüstungsproduktion

Die westdeutsche Wirtschaft hat keinerlei Interesse an einer Rüstungsproduktion, ja maßgebende Kreise lehnen sie sogar entschieden ab. Die Ostzonenpropaganda behauptet allerdings sehr beharrlich, daß westdeutsche Firmen bereits Rüstungsmaterial herstellten und nennen diese Firmen sogar namentlich. Das dürfte in der Linie der Kominform-Propaganda liegen. Der Betriebsrat einer so genannten Firma, die ebenfalls der Rüstungsproduktion bezichtigt wurde, hatte den Mut, den Vertreter des KPD-Organs zur Berichtigung des Betriebes zu zitieren, um seine Anschuldigungen zu widerlegen. Jedenfalls ist in der Bundesrepublik kein Betrieb mit der Herstellung von Rüstungsmaterial beschäftigt. Was man aber wünscht, ist die Produktion von zivilen Gütern, um den westlichen Ländern den verstärkten Einsatz der eigenen Industrie für die Wiederaufrüstung zu ermöglichen. Inwieweit aber der Bundesrepublik in dieser Form ihr Beitrag für die Verstärkung der westeuropäischen Verteidigung ermöglicht wird, das hängt letzten Endes von der Höhe ihrer Stahl- und Kohlenproduktion ab.

Wer ist schuld an der Kohlenkrise?

Die deutsche Kohlensituation hat weiterhin zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen alliierten und deutschen Kreisen geführt. Ein Sprecher des amerikanischen Hohen Kommissariats kritisierte äußerst scharf die Form, in der das Kohleproblem von deutscher Seite gehandhabt werde. Wenn es zu Kohlenschwierigkeiten gekommen sei, müsse man den Deutschen die alleinige Schuld geben. Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, so meinte der Sprecher, nütze die weltpolitische Lage aus und zwinge die Alliierten zumindest teilweise nachzugeben. Eine Revision der Exportquote für das erste Quartal 1951 in Höhe von 4,83 Mill. t dürfe nicht erwartet werden. Der Sprecher trat weiter für äußerste Sparsamkeit im Kohlenverbrauch ein. Abschließend meinte er, daß die Bundesregierung froh sein solle, daß sie Märkte im Ausland habe. Wenn sie einigen Exportverpflichtungen nicht nachkommen sollte, sei zu erwarten, daß andere europäische Länder, wie Frankreich oder Belgien, die Aufträge übernähmen. Dann wies der Sprecher darauf hin, daß deutsche Werke amerikanischen Industriefirmen mitgeteilt hätten, sie könnten die ihnen erteilten Aufträge auf Grund der Kohlenknappheit nicht ausführen, wobei sie betonten, daß Deutschland auf alliierten Befehl soviel Kohle exportieren müsse, daß einige deutsche Werke aus Kohlenmangel ihren Betrieb vorübergehend einstellen müßten. Abschließend erklärte der Amerikaner, Deutschland wolle

„Sekundäre" Gefahrenzonen

Nach Berichten vom koreanischen Kriegsschauplatz hat die türkische Brigade in schweren Kämpfen die vollständige Einkesselung der 8. Armee durch die rotchinesischen Truppen verhindert. In der Türkei wird der heldenhafte Einsatz der Landsleute mit Stolz und Genugtuung verzeichnet. Um so ungehaltener ist man über einen soeben in der türkischen Presse zitierten Artikel des amerikanischen Generalstabschefs Omar Bradley. Bradley äußerte vor kurzem in der Zeitschrift „Armed Forces Journal", die USA verfügten nicht über so viel Streitkräfte, um allen Möglichkeiten einer Kriegführung und einer Aggression in der ganzen Welt entgegentreten zu können. Es sei deshalb erforderlich, die Gefahrenzonen nach mehr und nach weniger wichtigen einzuteilen. Zu den Zonen, die für die USA von sekundärer Bedeutung sind, zählt Bradley die Randgebiete der sowjetischen Einflußsphäre in Ostasien und im Nahen Osten und erwähnte u. a. auch den Iran und die Türkei. Die türkische Presse wandte sich von sehr scharf gegen eine Bagatellisierung der türkischen Stellung im Verteidigungssystem der Westmächte. Diese Auffassung könne unter Umständen schwere Folgen für Europa haben. Von amerikanischer Seite wurden die Türken beschwichtigt. Man wies darauf hin, daß der Inhalt des Artikels überholt sei. Im übrigen wollte man mit dieser Veröffentlichung einen kleinen Druck auf die erwähnten Länder ausüben, damit sie ihre Anstrengungen verdoppeln und sich nicht in aller Ruhe auf die Hilfe der USA verlassen. Wer die Vorgänge in Iran verfolgt hat — wir brachten vor kurzem einen ausführlichen Bericht —, wird feststellen müssen, daß die Revision der amerikanischen Auffassung erforderlich war, denn es gibt nach der neuesten Entwicklung kaum mehr Gefahrenzonen von „sekundärer" Bedeutung, insbesondere für Europa. hn.

G. B. Shaw und das Lösegeld

Ende 1943 etwa, als man in London die sowjetische Nationalhymne mit einem etwas der englischen Lebensart angepaßten Text spielte und Schals mit Sichel und Hammer trug, erklärte der große Spötter, überall viele sich der Bolschewismus ein. Um Abhilfe zu schaffen, werde man wohl oder übel dem vordringenden Bolschewismus „ein Lösegeld" zahlen müssen; gelänge es nicht, dann wären die Folgen ein Klassenkampf à la Spanien. Was Shaw damals unter Lösegeld verstanden haben wollte, dafür bat er, wie immer bei seinen kleinen Propheten, keine nähere Erläuterung gegeben. Jedenfalls hat England seit dieser Zeit viel Lösegeld bezahlt und es scheint, daß es bereit ist, auch weiterhin zu zahlen. Abhilfe wurde bisher allerdings nicht erreicht, im Gegenteil, die Bedrohung nähert sich gefährlich dem eigenen Haus. Mitteleuropa war das höchste Lösegeld, dann folgte China. Heute kann es Korea werden und morgen? Hilfe kann die freie Welt nur bei denjenigen finden, die ihre Fronten für kein Lösegeld verkaufen, weil sie wissen, worum es für sie und ihre Freunde geht. hn.

Es geht auch anders

Lohnstreitigkeiten pflegen häufig unnötig scharfe Formen anzunehmen. Dabei wird auch in USA nicht selten der ganze Streitfall in der Tagespresse ausgebadelt, in der die Verhandlungspartner mit aller Schärfe zu den umstrittenen Problemen Stellung nehmen.

Daß es auch anders geht, ist vor kurzem von der Döhler-Jarvis Corporation, einer bekannten amerikanischen Firma der metallverarbeitenden Industrie in Toledo, bewiesen worden. Die Firma hat, wie die amerikanische Zeitschrift „Nations Business" berichtet, nunmehr mit dieser nicht gerade glücklichen Tradition gebrochen. Anläßlich der Unterzeichnung eines neuen Tarifvertrages ließ die Betriebsleitung in den Tageszeitungen dreier Städte, in denen die Gesellschaft Niederlassungen unterhält, ein Schreiben ihres Generaldirektors veröffentlichen, in dem dieser die an den Verhandlungen beteiligten leitenden Gewerkschaftsfunktionäre zu ihrem erfolgreichen Wirken beglückwünscht.

In dem Schreiben des Generaldirektors, das von den Blättern auf der ersten Seite unter großen Schlagzeilen wie: „Döhler & Jarvis gewinnt durch Zusammenarbeit: höhere Löhne — bessere Qualitäten — mehr Arbeitsplätze" herausgebracht wurde, heißt es wörtlich: „Ich möchte Ihnen hiermit meine Anerkennung für die ausgezeichnete Arbeit aussprechen, die Sie und Ihre Mitarbeiter zusammen mit den Vertretern der Betriebsführung bei der Ausarbeitung unseres neuen Tarifvertrages geleistet haben." An ebenso hervorragender Stelle veröffentlichten die gleichen Blätter das Antwortschreiben Richard Gossers, des Vizepräsidenten der Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft, in dem dieser im Namen der Arbeiterschaft der Betriebsleitung den Dank ausspricht.

Für Verlängerung des Interzonenabkommens

Der Bundeswirtschaftsminister hat kürzlich in einem Erlaß an die Länder darauf hingewiesen, daß die unter dem Frankfurter Abkommen genehmigten Geschäfte nach den jetzigen Bestimmungen bis zum 31. Dezember abgewickelt sein müssen. Über die Genehmigung neuer Geschäfte sind bisher weder verbindliche Abkommen mit der Ostzone getroffen noch irgendwelche Bestimmungen erlassen worden. Die Verhandlungen über ein neues Interzonenabkommen stehen nach mehrfacher Unterbrechung immer noch im Anfangsstadium. Diese Sachlage wird in den am Interzonenhandel beteiligten Kreisen nicht ohne Besorgnis festgestellt. Selbst wenn man für den Monat Dezember ähnlich große Umsätze wie im November annimmt — 30 Millionen DM nach jeder Richtung — so würde am Jahresende immer noch ein Überhang an Lieferrückständen von mindestens 60 Mill. in jeder Richtung bestehen.

Auf die Lieferseite des Bundesgebietes sind es insbesondere noch Maschinenlieferungen, auf die bereits nicht unerhebliche Anzahlungen geleistet sind. Auf der Bezugsseite handelt es sich vornehmlich um Textilien sowie um Braunkohlenbriketts für Berlin. Es wird daher beim Handel der Wunsch nach einer Verlängerung der Abwicklungsfrist erhoben, sofern nicht eine Übertragung der Geschäfte auf ein neues Abkommen möglich erscheint. Besonders von Berlin aus wird auf eine baldige Regelung gedrängt, nachdem die in Berlin bisher noch zulässigen Bar- und Kompensationsgeschäfte neuerdings nicht mehr genehmigt werden sollen und die Eingänge an Braunkohlenbriketts aus der Ostzone seit einigen Wochen sehr stark zurückgegangen sind.

Die Bedeutung des Debetsaldos der Ostseite von noch immer 13 Mill. DM wird neuerdings geringer eingeschätzt, nachdem bekannt geworden ist, daß die Ostseite nicht unerhebliche Guthaben in Form von Anzahlungen im Westen unterhält. Es wird daher nicht mehr bezweifelt, daß bei einer Verlängerung der Abwicklungsfrist in einigen Monaten ein Ausgleich der Zahlungsbilanz erzielt werden könnte.

Westdeutsche Bezugswünsche

Am 7. Dezember ist den Vertretern des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel (MAI) eine Liste übermittelt worden, die die Bezugswünsche des Bundesgebietes und der Westsektoren von Berlin für das Jahr 1951 enthält. Die Liste schließt mit einem Betrage von ca. 750 Mill. DM ab. Davon entfallen auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse über 300 Mill. DM, auf Mineralölerzeugnisse über 80 Mill. DM und auf Braunkohlenbriketts 70 Mill. DM. Der Restbetrag von 300 Mill. DM verteilt sich auf Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft.

Im Vordergrund stehen hierbei Textilien, einschließlich Lohnveredelung mit 150 Mill. DM, Chemikalien, einschließlich Buna, mit ca. 60 Mill. DM und Maschinen mit ca. 30 Mill. DM. Der Rest entfällt auf Metalle, elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Eisen-, Blech- und Metallwaren, darunter Jagdgewehre, Papier, Glas, Keramik und Steine und Erden. Die Ostseite hat die Bekanntgabe ihrer Bezugswünsche für die laufende Woche in Aussicht gestellt.

Berliner Brief. Planlosigkeiten in der Planwirtschaft

Die Westberliner Wahlen — um noch einmal zurückzugreifen — hatten ein für Westdeutschland beschämendes Ergebnis. Wir meinen weniger den Ausgang der Wahl selbst, als vielmehr die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung von 90,4%, die, wenn auch die östliche Presse angesichts dieser Rekordbeteiligung von Betrug, Terror und ähnlichen schönen Dingen zu berichten weiß, in denen man östlicherseits Meister ist, ohne jeden Zwang auf freiwilliger Basis erreicht wurde. Eine so hohe Beteiligung überrascht den Kundigen nicht, sitzt man doch in Westberlin etwas näher an dem sowjetischen Paradies als in Westdeutschland. Der Westberliner Wahl kommt denn auch nicht nur eine politische Bedeutung zu, sondern eine eminent wirtschaftliche. Es waren bei den Wählern nicht zuletzt wirtschaftliche Argumente, die sie veranlaßten, ihre Stimme einer oder der anderen Partei zu geben, denn schlechter kann es den Bewohnern der Westsektoren der Viersektorenstadt unter der Herrschaft der drei großen Parteien nicht gehen, als es ihnen ergehen würde, wenn der Osten das sehnlichst angestrebte Ziel, auch die drei westlichen Sektoren der Stadt in seinen Machtbereich einzubeziehen, erreichen könnte. Und dabei spielt Ostberlin heute etwa die Rolle für die Ostzone, die Westberlin für den östlichen Sektor der Stadt spielt. Selbst in Ostberlin weiß man, daß es mit der Besserung der Lebenshaltung, die man den Bewohnern unter dem Druck der westlichen Schaufenster einräumen mußte, sehr bald mit der materiellen Bevorzugung aus sein würde, wenn es den östlichen Gewalthabern gelänge, ihren Herrschaftsbereich auf ganz Berlin auszudehnen. Weil man das weiß, und zwar auch bei der Leitung der SED und in Karlshorst, deshalb hat man ja Berlin im Oktober nicht mitwählen lassen, und wenn man jetzt scheinheilig Wahlen für ganz Berlin fordert, so meint man damit Wahlen nach dem Muster in Ostdeutschland. Das Loch Westberlin im Eisernen Vorhang ist den Machthabern, den deutschen und auch den sowjetischen, äußerst unangenehm, weil nicht nur der Ostberliner, sondern auch der Bewohner Ostdeutschlands gelegentlich durch dieses Loch einen freien Ausblick in eine andere Welt hat, deren Existenz man ihn vergessen machen möchte.

Will man Berlin und seine Bewohner von heute, will man das spezifische Berliner Milieu des Jahres 1950 verstehen, dann ist es wohl am besten, wenn man das Berliner Mosaik alltäglicher Begebenheiten ohne wesentliche Kommentare auf sich wirken läßt. Gerade diese alltäglichen Dinge sind es, die den Gegensatz zwischen Ost und West klar erkennen lassen. Bezeichnend für den Lebenswillen Westberlins ist die Abhaltung der traditionellen Berliner Grünen Woche, die wie Dir. Wiemer in der Berliner Pressekonferenz bekanntgab, auf einer Fläche von 30 000 Quadratmetern in den Hallen 2 bis 8 am Funkturm vom 3. bis 11. Februar kommenden Jahres stattfinden wird. Berlin ist wieder, die Industrieausstellung hatte es bereits gezeigt, zur Messestadt und zum Anziehungspunkt der freien Welt geworden. Die Grüne Woche im nächsten Frühjahr wird das erneut unter Beweis stellen. Natürlich wird das vorläufig in der Ostberliner Presse völlig totgeschwiegen. Dafür kann in der „Täglichen Rundschau" bewiesen werden, daß entgegen den Behauptungen der westlichen Presse der Privathandel in Ostdeutschland in starkem Aufstieg ist. Danach betrug die Umsatzentwicklung im Privathandel der DDR im ersten Quartal 1950 114%, im zweiten 132, im dritten 133 und wird im vierten nach dem Plan 150% betragen. Wovon eigentlich möchte man fragen, aber die Frage würde bei linientreuen Mitgliedern der SED nur auf ein verständnisloses Kopfschütteln stoßen. Immerhin werden in dieser Meldung auch Zahlen genannt, mit denen man etwas anfangen kann. So betrug der Anteil des Privathandels im dritten Quartal 1950 bei Lebensmitteln 47,2%. Das heißt also, daß 52,8% des Lebensmittelhandels bereits in den Händen des Konsums und der HO liegen. Eine ganz anständige Leistung seit dem Zusammenbruch, die ohne gewisse rigorose Maßnahmen gegen den Privathandel im freien Wettbewerb nicht erreicht worden wäre. An der Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung ist der Privathandel nur noch mit 31,0% beteiligt, bei Schuhwerk mit 32,8%. Überraschenderweise angesichts des im Osten stark strapazierten Begriffs „Kultur" beträgt der Anteil des Privathandels auf diesem Gebiet heute noch 70,4% und bei Brennstoff sogar 98,0%.

Ein Einwohner von Lauchhammer-West beklagte sich in der „National-Zeitung" darüber, daß man sich morgens um vier Uhr anstellen müsse, und dann noch nicht wisse, ob man auf seine Punkte in den kleineren Städten auf dem flachen Lande Textilien oder Schuhe erhalte, weil immer nur Einzelstücke in die Einzelhandelsgeschäfte kommen und Textilien immer noch zu den Mangelwaren gehören. Und das angesichts des steigenden Anteils des Privathandels in der DDR an den Warenumsätzen. Dazu paßt wiederum eine Meldung der TR wie die Faust aufs Auge, wonach die Konsumgesellschaft Groß-Berlin ein Lager ausschließlich für die Belieferung der Stände des Weihnachtsmarktes mit punktfreien Textilien und anderen Geschenkartikeln unterhalte, aus dem der „größte Bedarf" gedeckt werden kann. Hier handelt es sich offenbar um die Reste jener Schunds, die bei aller Liebesmüh auf Punkte in Berlin nicht mehr abzusetzen sind, dessen Bewohner die Qualität der westlichen Waren aus eigener Anschauung kennen.

Buntmetalle sind seit Wochen die große Mode in der östlichen Berichterstattung. Ob es sich da um die Erfolge der angeordneten Sammlungen handelt, über die wir schon berichteten, oder um andere Meldungen, die die ganze Planlosigkeit der Planwirtschaft unter Beweis stellen. Buntmetalle und Meldungen über ihre Wichtigkeit für die Wirtschaft, über Mängel in ihrer Erfassung, über Diebstähle und Gerichtsverhandlungen, über die Verhängung von Zuchthausstrafen usw. sind an der Tagesordnung. Grundsätzlich ist der böse „Ami" an den Buntmetalldiebstählen schuld, der die Buntmetalle für seinen Krieg braucht. Ihm gleichgestellt ist natürlich der Engländer, wobei man nur vergißt mitzuteilen, daß Ami und Engländer die führenden Nationen auf dem Gebiet der Buntmetallerzeugung sind, und es nicht zuletzt Metalle aus diesen Ländern sind, die die westdeutsche Wirtschaft nach dem Kriege wieder in Gang gebracht haben. Im „Kulturraum" eines volkseigenen Betriebes der Elektrotechnik in Treptow fand dieser Tage ein großer Schauprozeß gegen ein Mitglied der BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung) statt, die Spulenwicklerin Frieda Krenz, die Kupferdraht „rollenweise" gestohlen hatte. Wer mit der Technik des Spulenwickelns vertraut ist, weiß, daß dieser „rollenweise Diebstahl" von Kupferdraht geringster Abmessungen nur kleine Mengen betroffen haben kann. Trotzdem verlangte die Staatsanwältin, offenbar eine „Volksstaatsanwältin", fünfeinhalb Jahre Zuchthaus als Sühne für dieses Verbrechen, und das Gericht verurteilte die Sünderin dann zu fünf Jahren Zuchthaus. Das ging selbst einem Teil der anwesenden 1000 Belegschaftsmitglieder des Werkes über die Hutschnur, der der Meinung war, daß fünf Jahre Zuchthaus für die wenigen Rollen Kupferdraht denn doch eine zu harte Strafe seien. Unsichtbar saßen in diesem Fall wieder die Kreise auf der Anklagebank, die sich gegen alle Vernunft immer noch weigern, die Gesetze von Angebot und Nachfrage sowie der Preisbildung anzuerkennen, in dem fruchtlosen Bemühen, die Diebstähle, die sie durch ihre Wirtschaftspolitik geradezu züchten, mit drakonischen Strafen zu verhindern.

Wenn denn in der gleichen Ausgabe der TR ein Leser aus Zschopau sich darüber beschwert, daß in dem ehemaligen Werk der DKW auf der Schatthalde „in stiller Eintracht Materialien und brauchbare Abfälle aller Art, wie Kupfer, Aluminium, Maschinenteile usw. liegen, und darauf warten, mit Schutt bedeckt zu werden", dann gewinnt dieser Prozeß und sein Urteil erst die richtige Perspektive. Es soll hier nicht dem Diebstahl das Wort geredet werden, aber es ist unverantwortlich, Menschen in Versuchung zu bringen, und sie dann, wenn sie straffällig geworden sind, mit Strafen zu belegen, die jeder Rechtsprechung Hohn sprechen.

Berlins Sonderstellung

Der Produktionsindex der Westberliner Industrie hat im Oktober erst 30,5 (1936 = 100) erreicht gegenüber 136 in Westdeutschland. Man weist darauf hin, daß der Ausbau der Kapazität weiter die Selbstfinanzierung erfordert, so daß die geplante Einschränkung der Abschreibungsfreiheit der besonderen Lage in Westberlin nicht gerecht werde. Da von einer wirtschaftlichen Expansion in Berlin nicht gesprochen werden könne, habe die Berliner Zentralbank auch davon abgesehen, den Diskontsatz und die Mindestreserven zu erhöhen. Besondere Richtlinien sollen eine Ausnutzung des so entstandenen Zinsgefälles zu Gunsten westdeutscher Firmen unterbinden. Namentlich von solchen Unternehmen, die Niederlassungen in Westdeutschland und in Westberlin unterhalten, wird erwartet, daß sie das Zinsgefälle nicht durch einseitige Inanspruchnahme der Kreditlinien mißbrauchen.

Bei dem vergleichsweise geringen Produktionsstand Westberlins ist die Sicherung der benötigten Rohstoffbezüge besonders bedeutsam. Man hofft, durch Zusammenarbeit mit den Verbänden im Bundesgebiet praktische Lösungen zu finden. So zeigt bereits die eisenschaffende Industrie Verständnis für die Sonderlage Berlins. Auch die Einsetzung eines besonderen Beauftragten im Bundeswirtschaftsministerium für die Rohstoffversorgung Berlins wird begrüßt. Auch wird in Berlin Wert darauf gelegt, alle Möglichkeiten für den Rohstoffbezug aus der Ostzone, z. B. durch Gegenseitigkeitsgeschäfte, zu nutzen. Dankbar wird die Anerkennung der Sonderstellung Westberlins in dem Frachtausgleich empfunden, der von der westdeutschen Eisenindustrie mit der IHK in Berlin vereinbart worden ist, da er die Kostenbelastung durch die großen Transportentfernungen mildert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

allen haben, jedoch so wenig wie möglich geben. Im übrigen werde in absehbarer Zeit die gesamte westeuropäische Stahlproduktion zugunsten der westlichen Verteidigungspläne zentral verteilt. Die Ruhrbehörde könnte jedoch nicht aufgelöst werden, bevor sie nicht ihre Aufgaben an eine andere Organisation abgegeben habe.

Die Äußerungen des amerikanischen Sprechers stimmten nicht mit den Tatsachen überein und waren nicht gebilligt, so wurde von höchster alliierter Stelle erklärt.

Bezeichnend für den Wirrwarr in der Kohlenfrage ist, daß verschiedene internationale Organisationen mitzureden wünschen und sich darum streiten, wer und wie die Kohle verteilt werden soll.

Betriebsstillegungen und Exportsteigerung

Aus Gründen der Kohlenknappheit werden in der Industrie Betriebsstillegungen in der Zeit von Weihnachten bis Anfang Januar lebhaft erörtert. Wie der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie mitteilte, gehe ein Vorschlag des Kohlenbergbaus dahin, industrielle Kohlenferien einzulegen, und zwar in gewissem Umfang auch für die eisenschaffende Industrie. Bezüglich der Wirtschaftspolitik erklärt man in Industriekreisen, daß für eine Steigerung der Exportleistung entsprechende administrative Maßnahmen, insbesondere auch Steuervergünstigung und zweckmäßige Auswertung der Handelsverträge, notwendig seien. Das Ziel müßte sein, viel mehr als bisher arbeitsintensive Produkte auszuführen, statt Rohstoffe und Halbfabrikate, um nicht nur die Erlöse zu verbessern, sondern auch um Rohstoffe zu sparen. Dagegen sei von einer allgemeinen Kreditrestriktion ein Erfolg nicht zu erhoffen. Auch der Depotzwang bei den Einfuhren wirke störend. Eine unterschiedliche Handhabung sei jedoch neuerdings in Aussicht gestellt. Die Industrie dürfe auch erwarten, daß die neue Umsatzsteuerregelung auf die Belange der Ausfuhr Rücksicht nehmen werde. Bisher habe die Industrie durch Kostensenkung im Zuge der Produktionserhöhung viele Verteuerungen auffangen können. Nach dem Verbrauch der Läger müsse jedoch damit gerechnet werden, daß sich die Steigerung der Importpreise demnächst in voller Wucht auswirken werde. Eine gewisse Erhöhung der Inlandspreise werde sich dann nicht mehr vermeiden lassen. Die Produktion habe im Oktober den vorläufigen Höhepunkt erreicht. Manche Industrieen seien zwar noch nicht voll ausgelastet, aber weitere Produktionserhöhungen, besonders in der eisenschaffenden Industrie, seien ohne erhebliche Investitionsmittel unmöglich. Die Rohstofflage stelle sich nach den jüngsten Besprechungen mit der OEEC in Paris und dem Rat der europäischen Industrie nicht ganz so besorgniserregend dar, wie vielfach befürchtet werde. Ein Wegfall der strategischen Käufe der Amerikaner werde die Lage sofort erleichtern.

Ungesunde Priorität der Besatzungsaufträge

Als sehr störend beklagt die Industrie die steigenden Aufträge der Besatzungsmacht, für die unbedingte Priorität verlangt wird. Teilweise würden Aufträge vergeben, ohne daß die notwendigen Kapazitäten dafür vorhanden seien. Die Wirtschaft werde dadurch auf der einen Seite aufgebläht, auf der anderen Seite stark belastet. Die Industrie wolle sich durchaus nicht in die Politik einmischen, aber es sei notwendig, das Volumen der Besatzungsaufträge zu kennen und für die richtige Verteilung zu sorgen.

Wieder schwarze Listen

Das amerikanische Handelsdepartement hat eine erste Liste von 1500 Firmen und Einzelpersonen aufgestellt, die in Handelsbeziehungen mit Rußland und seinen Satelliten stehen. Die Liste soll gegebenenfalls zu einer „schwarzen Liste" werden. Zu gleicher Zeit wurde von amerikanischer Seite in Frankfurt erklärt, Westdeutschland müßte seinen Export „strategischer Erzeugnisse" nach den östlichen Ländern einstellen. Im übrigen, so meinte man, könnten diese strategischen Erzeugnisse, wie z. B. Stahl und Stahlwaren, nach den westlichen Ländern exportiert werden. Die gegenwärtige politische Lage zwinge die Alliierten, daß kriegswichtiges Material, für das die Westmächte dringenden Bedarf haben, nicht nach dem Osten ausgeführt wird. Diese Ankündigung dürfte wohl dazu führen, daß der Handel mit der Ostzonenrepublik praktisch zum Erliegen kommt, denn ausdrücklich wird betont, daß die alliierte Hohe Kommission die westdeutsche Bundesregierung ersucht habe, eine bessere Kontrolle der Ausfuhr Westdeutschlands nach den Ländern des Ostens „mit Einschluß der Deutschen Demokratischen Republik zu ergreifen".

Nationaler Notstand in USA

Einen starken Einfluß auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft in allen ihren Sektoren dürfte unzweifelhaft die Proklamierung des nationalen Notstandes in den USA haben, die heute vom amerikanischen Präsidenten angesichts der ernsten Weltlage ausgesprochen werden soll. Damit wird die amerikanische Regierung ermächtigt sein, weitgehende Kontrollen über die Wirtschaft der USA zu verhängen. Diese Maßnahme wird eine Umstellung der USA auf eine verschärfte Kriegswirtschaft beschleunigen. Daß diese Maßnahme schon in nächster Zeit Rückwirkungen auf die europäische Wirtschaft zeitigen wird, darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen.

Schon heute sind die Schatten sichtbar. So teilte der britische Versorgungsminister Strauss in diesen Tagen mit, daß Großbritannien eine Beschränkung des Exports von Halbfabrikaten in Erwägung ziehe, da großer Mangel an nichteisenhaltigen Metallen bestehe. F.

Schwedische Verhandlungen mit der UdSSR

Verhandlungen zwischen Schweden und der UdSSR über ein neues Handelsabkommen für 1951 sind für Januar nächsten Jahres vorgesehen, teilt das Außenministerium mit. Ein genauer Termin des Verhandlungsbeginns wurde bisher noch nicht festgesetzt. Die Besprechungen werden voraussichtlich wieder in Moskau stattfinden.

Hamburg als Importmarkt für Südfrüchte

Pläne für Vergrößerung der Umschlagmöglichkeiten

Anfang Dezember ist die Saison in der Südfruchteinfuhr angelaufen. Bisher haben 16 Schiffe Südfrüchte für die deutschen Verbraucher in Hamburg gelöscht.

Vor dem Kriege gab es in Hamburg, das den größten Teil des deutschen Südfruchteimports bestritt, etwa 90—100 Südfruchteinfuhrhändler. Nach der Befreiung der Einfuhr vom staatlichen Zwang haben die Hamburger Südfruchtimportfirmen ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Zahl der Importeure hat durch die Beteiligung früher nicht importierender Firmen sehr zugenommen. Vom September 1949 bis zum August dieses Jahres sind über Hamburg 140 000 Tonnen Südfrüchte aller Provenienzen verladen worden. Das ist etwa 47% der gesamten deutschen Einfuhr an Südfrüchten. Obgleich diese Mengen nur das verkehrsmäßige Volumen darstellen, sind sie doch im wesentlichen auch handelsmäßig über Hamburg abgewickelt worden. Der Hauptanteil entfiel auf Bananen und Apfelsinen. Lieferanten waren süd- und mittelamerikanische Länder, afrikanische und australische Gebiete, aber auch der Balkan. In dieser Menge sind die Südfruchtimporte über die trockene Grenze nach dem Bundesgebiet nicht enthalten. Interessant ist, daß Kalifornien — früher eines der Hauptlieferungsgebiete für Äpfel — nicht in Erscheinung trat. Äpfel sind in der Berichtszeit aus Australien und Chile importiert worden. Der Grund für den Wechsel der Einfuhrgebiete liegt darin, daß für die Einfuhr aus Kalifornien/USA nur Bonusdevisen verwendet werden dürfen.

Während früher überwiegend die ostdeutschen Gebiete von Hamburg aus beliefert wurden, ist der Absatz jetzt auf das Bundesgebiet und Westberlin beschränkt. Der Transit von Südfrüchten über Hamburg ist bisher erst in geringem Umfang wieder nach Skandinavien angelaufen, wohin kürzlich Bananen gingen. Vor dem Kriege waren die Skandinaven regelmäßige Bieter auf den Hamburger Auktionen. Auch die Tschechoslowakei und Österreich sowie — vor 1914 — Rußland traten in Hamburg als Käufer auf. Der Vorteil für die Erwerber bestand darin, daß sie das See-Risiko für die sehr transportempfindliche Ware nicht zu übernehmen brauchten.

Die Transportempfindlichkeit vieler Südfrüchte macht es erforderlich, daß in Hamburg ausreichende Lagermöglichkeiten mit entsprechenden Kühl- und Wärmeanlagen vorhanden sind. Vor dem Kriege gab es in Hamburg Südfruchtschuppen mit einer Fläche von über 90 000 qm; sie sind großenteils im Krieg zerstört worden. Rund 34 000 qm Schuppenfläche sind inzwischen wieder aufgebaut worden. Auch für ausreichende Umschlags- und Transportmöglichkeiten ist gesorgt worden.

Südfrüchte erfordern einen schnellen Abtransport. Die Eisenbahn und der Lastkraftwagen teilen sich in diese Aufgabe, je nachdem, welches Absatzgebiet durch den Transport erreicht werden soll. Die Hamburger Hafenverwaltung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Südfruchthandel den Wiederaufbau der Südfruchtschuppen vorangetrieben hat, arbeitet an Plänen für die Vergrößerung der Umschlagsmöglichkeiten.

Verbesserungen im internationalen Güterverkehr 1951/52

Die Ende November in Brissago bei Locarno durchgeführte Internationale Güterzug-Fahrplankonferenz befaßte sich, wie die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn mitteilt, u. a. mit der Regelung des Güterzugverkehrs an Sonn- und Festtagen im Übergang auf fremde Eisenbahnen. Zur Erzielung eines flüssigeren Güterverkehrs wird sich die Europäische Wirtschaftskommission für die Festsetzung gleicher Dienststunden bei den Zoll- und Eisenbahnstellen in den Grenzbahnhöfen einsetzen. Zur Beschleunigung des Stückgüterverkehrs wurden Vereinbarungen über interne Beförderungspläne für über die Grenze fahrende Stückgutwagen geschlossen.

Die Güterzug-Fahrpläne für den am 20. Mai 1951 beginnenden Jahresplan wurden im einzelnen bearbeitet und hierbei bedeutende Verbesserungen in der Beförderungsdauer des Transit-Ein- und Ausfuhrverkehrs erzielt. Es ist vorgesehen, daß bereits im März nächsten Jahres Obst- und Gemüsetransporte aus den West-Niederlanden nach dem Ruhrgebiet erstmalig wieder über Emmerich angefahren werden. Von den Niederlanden wird über Hamburg und Bremen ein neuer Schnellgüterzug in Richtung Skandinavien eingelegt. Auch in der Relation Italien/Schweiz nach den Niederlanden wird eine 24stündige Verkürzung im Transitverkehr erreicht werden. Von Jugoslawien wird in der Obstsaison ein Bedarfszug über Salzburg bis München gefahren; die Regelverbindungen über Passau sind in der Konferenz bis 25 Stunden verbessert worden. Ebenso wurde der Anschluß nach Ungarn beschleunigt. In der Hauptversandzeit für Erdbeeren und Birnen in der Tschechoslowakei ist ein Bedarf-Schnellgüterzug nach Rotterdam mit einem Flügelzug nach Hamburg für Ausfuhrgut vorgesehen. Die auf der Konferenz im einzelnen festgelegten Verbesserungen im Internationalen Güterzugfahrplan für 1951/52 werden in dem in einer Konferenz im April nächsten Jahres neuzubearbeitenden Internationalen Güterkursbuch festgelegt.

Deutschlands Reisewerbung im Ausland

Fremdenverkehrstag 1951 in Stuttgart

Der Verwaltungsrat der „Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr (ZFV)" trat am Wochenende in der Hansestadt Bremen zu seiner letzten Arbeitstagung im Jahre 1950 zusammen. Die Beratungen erstreckten sich in erster Linie auf den nunmehr nach Bereitstellung von Zuschüssen der Bundesregierung möglichen Ausbau der deutschen Fremdenverkehrswerbung im Ausland. Neben dem schon seit Frühjahr 1950 bestehenden Werbebüro in New York weitere deutsche Informationsstellen in Zürich, Paris, Stockholm und Kopenhagen eröffnet worden sind. In Kürze werden auch Vertretungen der ZFV in London, San Franzisko und Chicago die Arbeit aufnehmen. Die Werbemittel werden durch Plakate und Sonderschriften über Musik in Deutschland, Hochschulwesen, Spezialitäten der deutschen Küche, den Verkehr mit Eisenbahnen und Autos usw. in einer Gesamtauflage von rund 1,2 Millionen in sechs Sprachen verstärkt. Die Aufnahme Deutschlands in die „International Union of Official Travel Organisations (IUOTO)" ermöglicht jetzt auch die aktive Mitwirkung bei der internationalen Regelung von Fremdenverkehrsfragen, so z. B. der zollfreien Einfuhr von Verkehrswerbemitteln in andere Länder und der wissenschaftlichen Erforschung des Fremdenverkehrs.

Der Beirat der ZFV, der kürzlich in Münster i. W. tagte, erörterte den Stand der Bemühungen, im Interesse des Fremdenverkehrs eine Regelung des schweren Lastkraftwagenverkehrs zu erreichen, dessen Zunahme in vielen Fremdenverkehrsorten zu Mißständen geführt hat. Der Verwaltungsrat der ZFV faßte zu dieser wichtigen Frage, die für die weitere Entwicklung des deutschen Fremdenverkehrs und namentlich des Ausländerbesuchs von entscheidender Bedeutung ist, eine Entschließung, in der er empfiehlt, die für den Verkehr zuständigen Ministerien beim Einsatz der staatlichen Verkehrspolizei weitgehend einzuschalten, um eine wirkungsvollere Überwachung des Kraftwagenverkehrs auf den Fernstraßen zu erreichen. Ferner weist der ZFV mit allem Nachdruck darauf hin, daß bei dem Mangel an Geldmitteln zum dringend erforderlichen Ausbau der Straßen sofort Maßnahmen für die Wiederherstellung der Verkehrssicherheit notwendig sind.

Der Verwaltungsrat der ZFV beschloß, den zweiten „Deutschen Fremdenverkehrstag" Ende April 1951 in Stuttgart abzuhalten. Die nächste Arbeitstagung des Verwaltungsrates wird Anfang April in Berlin stattfinden.

Neuwertversicherung für Maschinen

Eine für Industrie, Handel und Handwerk wichtige Neuerung haben die im Verband der Sachversicherungsgesellschaften zusammengeschlossenen Versicherungsunternehmen vorgenommen, indem sie eine Neuwertversicherung für Maschinen, maschinelle Anlagen und Apparate einführen. Der Versicherte erhält eine Ersatzleistung in der Höhe des Neuwertes des zerstörten Gegenstandes. Wenn die Versicherungssumme niedriger als der Neuwert des zerstörten Gegenstandes, aber mindestens so hoch wie der Zeitwert ist, so wird der Teil des Schadens, der bei einer Zeitwertversicherung zu ersetzen wäre, voll ausgezahlt. Der Rest der Schadensumme wird nur im Verhältnis der den Zeitwert übersteigenden Versicherungssumme zu dem den Zeitwert übersteigenden Neuwert zurückvergütet. In den Fällen, in denen der Zeitwert niedriger als 60 v. H. des Neuwertes ist, wird nur der Zeitwert erstattet. Liegt die Versicherungssumme niedriger als 60 v. H. des Neuwertes, so treten die Bedingungen der Neuwertversicherung völlig außer Kraft. Die Versicherungssumme bildet in jedem Falle die Grenze der Ersatzleistung. Der Versicherungsnehmer erwirbt den Anspruch auf Zahlung des den Zeitwert übersteigenden Teiles der Entschädigung nur insoweit, als dieser Teil zusammen mit der Neuwertentschädigung den Wiederbeschaffungsaufwand nicht übersteigt. Unterbleibt die Wiederbeschaffung des zerstörten Gegenstandes innerhalb einer Frist von zwei Jahren, so hat der Versicherte nur einen Anspruch auf Rückvergütung des Zeitwertes. Dieser Zeitwert wird unter Zugrundelegung einer jährlichen Abschreibung festgesetzt, die je nach der Art des versicherten Gegenstandes zwischen 2 und 5½ v. H. liegt.

Lokomotivbauindustrie bedarf zusätzlicher Inlandsaufträge

Nach Ablauf des diesjährigen Reparaturprogramms der Deutschen Bundesbahn ist die Lokomotivindustrie nur noch schwach beschäftigt, wie von Industrieseite festgestellt wird. Um dem Exportgeschäft, das sich trotz aller Schwierigkeiten günstig angelassen hat, den erforderlichen festen Untergrund zu geben, ist eine baldige Klärung der weiteren Entwicklung der Auftragslage erforderlich. An sich ist der Bedarf der Deutschen Bundesbahn an neuen Lokomotiven sehr erheblich, da fast 50 Prozent des Bestandes etwa 30 Jahre alt ist und diese Maschinen in den nächsten Jahren ersetzt werden müssen. Insbesondere werden Personenzug- und leichte Güterzuglokomotiven als nicht mehr herstellungswürdig ausfallen. Die Industrie wünscht ein Mindestprogramm an Aufträgen der Bundesbahn, um den Facharbeiterstamm so lange halten zu können, bis die Bundesbahn wieder zu einer regelmäßigen Auftragserteilung übergehen kann.

Der Bestand der deutschen Lokomotivindustrie an Exportaufträgen beläuft sich derzeit auf über 80 Mill. DM, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß im Gegensatz zur ausländischen die deutsche Lokomotivbauindustrie den jeweiligen Konstruktionswünschen der Auftraggeber Rechnung zu tragen pflegt. Auf diese Weise ist es ihr möglich gewesen, trotz der außerordentlich scharfen Konkurrenz auf den Weltmärkten und trotz der finanziellen Benachteiligung — die englische Lokomotivbauindustrie kann zu außerordentlich günstigen Bedingungen Kredite für die Exportfinanzierung aufnehmen, während die deutsche Industrie hierfür mindestens 10 Prozent aufwenden muß, — diesen Auftragsbestand hereinzuholen. Die weitere Übernahme von Exportaufträgen wird jedoch gefährdet, wenn nicht durch ausreichende Inlandsbeschäftigung der Facharbeiterstand gehalten werden kann.

PKW-Produktion behauptet sich

Nach den jetzt vorliegenden Gesamtmeldungen wurden im November in Westdeutschland insgesamt 22 733 PKW produziert gegenüber 22 747 im Oktober.

Im einzelnen melden die Werke folgende PKW-Produktionen:

	Personenkraftwagen November	Personenkraftwagen Oktober
Volkswagenwerk	8661	8164
Opel	3878	4236
Daimler-Benz	3510	3310
Ford	2995	3040
Borgward	990	992
Lloyd Bremen	380	319
Autounion	480	236
Goliath	306	143
Gutbrod	180	127
Porsche	70	70
	22 733	22 747

Erträge der Energiewirtschaft unter Durchschnitt

Fehlende Rentabilität verhindert Leistungsausbau

Die Kohlenpreiserhöhung wird nach einmütiger Auffassung der Energiewirtschaft auch eine Änderung der Preise für elektrischen Strom und Gas zur Folge haben müssen. Diese Preiskorrektur wird für unvermeidlich angesehen, weil die Preise für Energie infolge des seit 1936 geltenden Preisstops bisher lediglich eine generelle Aufbesserung zugestanden erhielten, und zwar im Juni 1948. Seither hat die Energiewirtschaft keinen Ausgleich allgemeiner Art mehr dafür gefunden, daß sämtliche Kosten ständig weiter gestiegen sind, so z. B. der Kohlenpreis um weitere 42 v. H., die Lohnkosten um rd. 30 v. H., Materialkosten um 80 v. H. und Kapitaldienstkosten um 180 v. H. Infolgedessen liegen die Erträge in der Energiewirtschaft weit unter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft.

Die seit der Währungsreform außerordentlich stark gestiegene Neubautätigkeit der Energiewirtschaft konnte infolge Fehlens inländischer Kapitalien nur durch Inanspruchnahme hochverzinslicher ERP-Mittel sowie unter Einsetzung der Abschreibungsbeträge durchgeführt werden. Darüber hinaus dringend erforderliche Kapitalien aus dem freien Kapitalmarkt werden sich diesem Wirtschaftszweig aber nur bei Vorhandensein einer normalen Rentabilität zuwenden. Eine angemessene Erhöhung der Strompreise wird daher als unerläßlich angesehen. Andernfalls wird die Elektrizitätsversorgung Vorleistungen an Neubauten, für die meist mehrere Jahre erforderlich sind, nicht mehr durchführen können. Die Industrie muß dann damit rechnen, daß künftig zusätzliche Leistungsanforderungen nur nach langfristiger Anmeldung und entsprechender Kapitalbereitstellung gedeckt werden können. Es ist zwar bis zum Sommer 1950 gelungen, die Kapazität durch Neubauten soweit zu erhöhen, daß leistungsmäßig auch der stark erhöhte Energiebedarf der Industrie voll gedeckt werden konnte. Je mehr aber der Anteil der Neubauten an der Gesamtkapazität wächst, für die der reine Kapitaldienstanteil auf mehr als das Doppelte gestiegen ist, desto stärker erhöhen sich diese für die Erzeugungskosten der Kilowattstunde bedeutenden anteiligen Kosten. Würde die Energieversorgung weiterhin gezwungen werden, unter ihren Kosten zu liefern, so müßte dies außerdem dazu führen, daß sich die Nachfrage immermehr auf die Energieformen richtet, die hinter dem allgemeinen Preistrend von Energie wie Kohle und Öl zurückgeblieben sind. Dadurch würde praktisch ein weiterer Substanzverzehr bei der Energiewirtschaft einsetzen, unter dem schließlich die Sicherheit der Versorgung leiden muß. Die vielfach noch vorhandenen hohen Abführungen städtischer Werke an die Kämmereien beweisen infolge ihrer Sonderstellung nichts für eine besondere Rentabilität der Energiewirtschaft.

Auch von einem ausschlaggebenden Einfluß der Energiepreise auf die freien Marktpreise der Fertigwarenindustrie kann nicht gesprochen werden, da deren Stromkostenanteil sich im Durchschnitt nur zwischen 0,5 bis 2 v. H. bewegt. Ein höherer Prozentsatz an Energiekosten wird in den Grundstoffindustrien erreicht, besonders in der Chemie, wo häufig der Stromanteil den wesentlichsten Kostenfaktor darstellt. Diese Industrien liegen aber zumeist durch die Eigenerzeugungsmöglichkeiten im scharfen Wettbewerb mit der öffentlichen Energieversorgung, die daher seit je Sonderpreise einräumen mußte. Nicht zuletzt im Interesse des Exports wird auch hier nicht schematisch bei Strompreiserhöhungen, sondern nur auf Grund besonderer Überlegungen der neue Preis ermittelt werden können. In Kreisen der Energiewirtschaft wird daher allgemein eine Freigabe der bisher festgesetzten Strom- und Gaspreise als wünschenswert angesehen, da nur auf diese Weise auch in diesem Bereich eine wirtschaftliche Gesundung eintreten könne.

Wohnungsaufbau in Geschäftshäusern

Die Frage der Steuerbegünstigung

Nach § 7b des Einkommensteuergesetzes (ESTG) in der Fassung vom 10. 8. 1949 kann der Wiederaufbau von Wohnungen steuerlich begünstigt werden, wenn die hier und in den Einkommensteuer-Richtlinien (ESTR) 49, Ziff. 65, vorgesehenen Voraussetzungen zutreffen. Bei Gebäuden, die nach dem 31. 12. 1948 errichtet worden sind und die zu mehr als 80 v. H. Wohnzwecken dienen, können abweichend von § 7 ESTG im Jahr der Herstellung und in dem darauf folgenden Jahr auf Antrag je 10 v. H. der Herstellungskosten abgesetzt werden. Weiter können in den darauf folgenden 10 Jahren an Stelle der nach § 7 ESTG zu bemessenden Absetzung der Abnutzung jeweils bis zu 3 v. H. der Herstellungskosten abgesetzt werden. Die Vergünstigung umfaßt also von den im § 32 RBewDV genannten Grundstückshauptgruppen nur die Mietwohngrundstücke.

Ziff. 65 Abs. 2 der ESTR 1949 sieht zu dieser Bestimmung eine wesentliche Erleichterung in der Weise vor, daß es zur Inanspruchnahme der erhöhten Absetzung nach § 7b ESTG 49 genügt, wenn der wieder aufgebaute Teil eines durch Kriegseinwirkungen ganz oder teilweise zerstörten Gebäudes zu mehr als 80 v. H. Wohnzwecken dient. Die in den Geschäftsvierteln der Städte gelegenen Grundstücke fallen fast durchweg unter die Grundstücksgruppen Geschäftsgrundstücke oder gemischt genutzte Grundstücke, d. h. die hierauf errichteten Gebäude dienten entweder zu mehr als 80 v. H. gewerblichen oder öffentlichen Zwecken (Geschäftsgrundstück) oder teils Wohnzwecken und teils gewerblichen oder öffentlichen Zwecken (gemischt genutzte Grundstücke).

Gewöhnlich waren nun die Eigentümer der Grundstücke nicht mehr in der Lage, den kostspieligen Aufbau der durch Kriegseinwirkungen ganz oder teilzerstörten Gebäude aus eigener Finanzkraft durchzuführen. In vielen Fällen wurde daher der Aufbau durch die früheren oder durch neue gewerbliche Mieter vorgenommen. Diese hatten jedoch nur Interesse an dem Wiederaufbau oder an der Wiederherstellung, soweit es für ihre gewerblichen Zwecke erforderlich war. Als dann allmählich die Eigentümer wieder mit Überschüssen aus diesen Häusern rechnen konnten, gingen sie auch an den Wiederaufbau der übrigen Geschosse, die durchweg zu mehr als 80 v. H. Wohnzwecken dienten. Nach dem Wortlaut der ESTR Ziff. 65 kann der Eigentümer aber in diesem Falle nicht erhöht abschreiben, weil die wiederaufgebauten Teile zusammen nicht mehr zu 80 v. H. Wohnzwecken dienen. Würde jedoch der Eigentümer z. B. bei einem teilzerstörten Gebäude zunächst die Wohngeschosse wieder herrichten, so könnte ihm nach der angeführten Bestimmung die Vergünstigung nicht versagt werden, auch dann nicht, wenn hinterher die gewerblichen Räume — etwa Erdgeschoß und erster Stock — wieder hergestellt würden, da z. Zt. der Wiederherstellung der Wohnräume der aufgebaute Teil zu mehr als 80 v. H. zu Wohnzwecken genutzt wird. Es ist daher ein billiges Verlangen, wenn auch bei wieder aufgebauten gemischt benutzten Grundstücken und bei Geschäftshäusern der Wiederaufbau von Wohnungen allgemein in den Genuß der Vergünstigung des § 7b gelangt — ohne Untersuchung, ob der eine Teil vorher oder nachher gebaut wurde.

Wirtschaftsverhandlungen mit Holland unterbrochen

Die seit dem 28. November in Frankfurt geführten deutsch-holländischen Wirtschaftsbesprechungen sind unterbrochen worden, ohne daß ein neues Handelsabkommen abgeschlossen werden konnte. Während die Verhandlungen zunächst eine Übergangslösung nur für die letzten beiden Monate des Jahres 1950 zum Gegenstand hatten, nachdem das alte Abkommen Ende Oktober abgelaufen war, wurden später Vereinbarungen auch für das Jahr 1951 erwogen. Dies dürfte darin seinen Grund haben, daß zunächst mit der gemeinsamen Führung von Handelsvertragsverhandlungen durch die Benelux-Staaten noch nicht zu rechnen ist. Eine Einigung konnte jedoch zwischen den beiden Delegationen nicht erzielt werden. Teilweise ist dieses negative Ergebnis erwartet worden, weil Westdeutschland vor der endgültigen Gutschrift des EZU-Sonderkredits sich nicht imstande sieht, neue handelsvertragliche Dispositionen größeren Umfanges zu treffen. Für die Wiederaufnahme der Verhandlungen ist noch kein Termin festgesetzt worden. Die holländische Delegation hat sich bereits nach dem Haag zurückbegeben.

Integration westeuropäischer Industrien

Am 13. Dezember begannen in Paris erste Integrations-Verhandlungen auf Grund des Stikkerplanes, zu denen auch deutsche Vertreter zugezogen sind. Es soll dabei die Möglichkeit einer Integration insbesondere auf dem Gebiete des Maschinenbaues, des Kraftfahrzeugbaues, der Traktoren und der Landmaschinen erörtert werden.

DM-Handel in London

Die finanztechnischen Besprechungen in Frankfurt a. M. zwischen der Bank Deutscher Länder und einer britischen Delegation unter Führung von Mr. Davi Serpell, Unterstaatssekretär im Schatzamt über eine deutsch-britische Regierungsvereinbarung von Anfang Oktober zur Schaffung eines DM-Marktes in London, haben zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Es bestehen somit keine Bedenken mehr gegen die Eröffnung eines solchen Marktes in London. In dem Markt sollen nur die „Authorised Dealers" tätig werden. Die Notiz für Deutsche Mark soll auf diesem Markt in enger Beziehung zu der vereinbarten Parität der Deutschen Mark stehen. Aufgabe der Bank Deutscher Länder würde es sein, dem Londoner Markt die Gewißheit zu geben, daß die Vorkehrungen, welche die BDL für den Markausgleich zu treffen bereit ist, diesem Markt angepaßt sind. Den Exporteuren und Importeuren des Sterlinggebietes soll es freistehen, Geschäfte in Deutscher Mark abzuschließen, vorausgesetzt, daß für den Fall eines Exports aus dem Sterlinggebiet der Exporteur letztlich Sterling erhält. Die Devisenkontrolle Großbritanniens würde diese Bedingung als erfüllt ansehen, wenn die Zahlung in Deutschland in Deutscher Mark durch den deutschen Importeur für Rechnung des Exporteurs des Sterlinggebietes auf das Deutsche Markkonto des Authorised Dealer in Deutschland geleistet wird. Der Authorised Dealer würde dann dem Exporteur des Sterlinggebietes Sterling auszahlen. Dieses Verfahren soll nach dem Willen der beiden vertragschließenden Länder jedoch nicht die Freiheit der Handelsfirmen des Sterlinggebietes beschränken, Geschäftsabschlüsse in Sterling anzubieten oder anzunehmen. Wie verlautet, werden in Kürze noch gemeinsame Besprechungen über einige technische Einzelheiten in London geführt werden.

Die durch die Kohlenkrise hervorgerufenen Stillegungen in der Papierproduktion zwingen uns, die vorliegende Ausgabe in verkleinertem Umfange erscheinen zu lassen.

Unsere Absicht, zum Jahresende in einer bereits vorbereiteten Sonderausgabe den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft an Hand von Wirtschafts-Reportagen zu schildern, müssen wir auf einen hoffentlich naheliegenden Zeitpunkt nach Behebung der Papierknappheit verschieben.

Die nächste Ausgabe unseres Blattes erscheint am 27. Dezember als Doppelnummer.

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH. Karlsruhe, Veilchenstraße 26, Telefon 9384. Herausgeber und verantwortlich: O. van Baer, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme Karlsruhe, Veilchenstr. 26, zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Berliner Verlags-Vertreter: Erich Peser, Berlin-Charlottenburg 4, Leibniz-Straße 68, Tel. 97 80 13. Satz und Druck: Badendruck GmbH., Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

USA: Maßnahmen gegen die Inflationsgefahr

Steigende Löhne — Fünf Milliarden Dividenden in neun Monaten

Der Kampf gegen die Inflationsgefahr gilt auch weiterhin das Hauptaugenmerk der amerikanischen Regierung. Besondere Bedeutung kommt dabei der sorgfältigen Beobachtung des Zahlungsmittelumlaufs und der Entwicklung auf dem Kapitalmarkt zu. Billiges Geld und anspornende Kreditbedingungen waren in den letzten Jahren mit die wichtigsten Triebkräfte der amerikanischen Wirtschaftskonjunktur. Dieser Entwicklung soll nunmehr durch Anziehen der Steuerschraube, Heraufsetzung der Zinssätze, Erhöhung der Einlagen der Geschäftsbanken bei der Federal Reserve Bank, Einschränkung der Kunden- und Hypothekenkredite und andere restriktive Maßnahmen zur Einengung des Geld- und Kreditvolumens entgegengewirkt werden. Es liegt dabei im Wesen der meisten bisher getroffenen Anti-Inflationsmaßnahmen, daß sie sich nicht sofort, sondern erst allmählich auswirken, und es hat sogar den Anschein, als ob ihr volles Wirksamwerden noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

Das ist schon deswegen der Fall, weil bestimmte in der amerikanischen Wirtschaft sich in der entgegengesetzten Richtung bewegen. Das Personaleinkommen zum Beispiel und damit die Menge des dem kaufenden Publikum zur Verfügung stehenden Geldes steigt von Monat zu Monat und hat im September mit einer Jahresrate von 228,3 Milliarden Dollar einen neuen Höchststand erreicht. Maßgebend hierfür waren in erster Linie die gestiegenen Gehälter und Löhne, die teilweise nach einer gleitenden Lohnskala errechnet werden. Dazu kommen die von den amerikanischen Kapitalgesellschaften ausgeschütteten Dividenden, die im September 1,152 Milliarden Dollar oder 60% mehr Dividende an ihre Aktionäre auszahlten als im gleichen Monat des Vorjahres. Nach inoffiziellen Schätzungen wurden von den amerikanischen Kapitalgesellschaften allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 5,022 Milliarden Dollar Dividende ausgeschüttet. Bis zum Jahresende werden sich die Dividendenauszahlungen dieser Gesellschaften auf etwa 7,5 Milliarden Dollar belaufen, gegenüber 6,453 Milliarden Dollar im Vorjahr.

Kreditvolumen noch immer zunehmend

Einen noch tieferen Einblick vermittelt die Betrachtung einer einzigen Gesellschaft, der General Motors. Die anhaltend starke Verkaufstätigkeit, ihrerseits das Ergebnis des inflatorischen Kaufdrucks für Automobile, ermöglicht es dieser Gesellschaft, im Schlußquartal 1950 an ihre rund 430 000 Aktionäre die Summe von 224 Millionen Dollar zu verteilen, im Durchschnitt etwa 500 Dollar für jeden Aktionär. Zum Teil sind dies jedoch nur einmalige Erscheinungen, die sich im kommenden Jahr, schon der zu erwartenden höheren Steuer wegen, nicht wiederholen werden. Auch die sonstigen von der US-Regierung eingeleiteten Anti-Inflationsmaßnahmen dürften sich bis dahin voll ausgewirkt haben. Ihre Wirkung kann nach Ansicht der Federal Reserve Bank unter Umständen sogar noch tiefer gehen, als jetzt allgemein erwartet wird. Dazu kommt noch das ständige Ansteigen der Lebenshaltungskosten in den USA, die im Oktober einen neuen Höchststand erreicht haben.

Trotzdem hat das Direktorium der Federal Reserve Banken erst vor kurzem wieder einen erneuten, eindringlichen Appell an die ihr unterstellten Geschäftsbanken gerichtet, die Kreditgewährung einzuschränken. Die Bankdarlehen hatten seit dem ersten Juli dieses Jahres um 5 Milliarden Dollar zugenommen, so daß dieser Warnung eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist. Allerdings hat das Tempo der Kreditzunahme in den letzten Oktoberwochen gegenüber August und September wesentlich nachgelassen. Falls dieser Aufruf des Federal Reserve Board jedoch wiederum unbeachtet bleiben sollte, so rechnet man in Bankkreisen mit einer Erhöhung des Reservefonds, den die Geschäftsbanken bei den Federal Reserve Banken zu hinterlegen haben. Durch eine solche Maßnahme würden schätzungsweise 2,5 Milliarden Dollar einfrieren, die sonst für Kredite verfügbar wären.

Weihnachtsgeschäft als Prüfstein

Soweit die inflationären Strömungen vom Endverbraucher herrühren, wird es kein besseres Barometer als das Weihnachtsgeschäft geben, das dieses Jahr bedeutend früher als sonst eingesetzt hat. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Umsätze im allgemeinen um 7 oder 8 Prozent über denen des Vorjahres liegen. Als Grund für diese Entwicklung werden von allen Wirtschaftszweigen übereinstimmend die gestiegene Kaufkraft der Bevölkerung und der Preisauftrieb angeführt. Während kurz nach Beginn der kommunistischen Aggression in Korea von der amerikanischen Bevölkerung umfangreiche Angst- und Vorratskäufe getätigt wurden, hatte die Kaufneigung des Publikums in den Oktoberwochen so stark nachgelassen, daß verschiedene Großbetriebe bereits um das Weihnachtsgeschäft zu bangen begannen. Die kommenden Wochen werden jetzt zeigen, wieweit das Übermaß der Kauftätigkeit im Sommer spätere Anschaffungen vorwegnahm, oder ob es trotzdem zu dem üblichen, umfangreichen Weihnachtsgeschäft kommen wird.

Weit größere Sorge bereitet dem Einzelhandel jedoch das Problem von Angebot und Nachfrage. Hinsichtlich der Nachfrage sind sich die Firmen nicht ganz im klaren darüber, wie die Käufer im kommenden Jahr auf neue und höhere Preise reagieren werden. Bei dem gegenwärtigen Weihnachtsgeschäft soll daher besonders auf etwaige Widerstände von seiten der Kundschaft gegen die neuen Preise geachtet werden. Auf der anderen Seite wird das Warenangebot durch Verknappungserscheinungen bei einzelnen Rohstoffen und Ansteigen der Produktionskosten beeinflußt. Während die großen Filialbetriebe und Kettenläden davon überzeugt sind, daß sie auch weiterhin prompt beliefert werden, haben die kleineren Einzelhändler verschiedentlich Schwierigkeiten, ihre Aufträge unterzubringen. Aber auch eine Anzahl größerer Firmen ist bereits dazu übergegangen, den Kreis ihrer Lieferanten zu erweitern. Im allgemeinen scheint jedoch das Weihnachtsgeschäft seinen üblichen Verlauf zu nehmen. Der Einzelhandel rechnet sogar in den letzten Tagen vor dem Fest mit einem verstärkten Ansturm auf die Geschäfte.

Leistungslohn ist billiger

Prämienlöhne führen zur Kostensenkung

Bei der Einführung fortschrittlicher Lohnbemessungsverfahren sind von der amerikanischen Industrie in den letzten Jahren die verschiedenartigsten Wege beschritten worden. Eine in ihren ökonomischen, psychologischen und sozialen Auswirkungen als besoners glücklich anzusprechende Lösung des Lohnproblems, über die die Zeitschrift „Mill & Factory" ausführlich berichtet, hat die „Plomb Tool Company" in Los Angeles getroffen. In diesem Betrieb wird seit 10 Jahren mit großem Erfolg ein Lohnanreizplan für Arbeiter angewendet, und vor 2½ Jahren wurde ein weiterer Lohnanreizplan für Werkmeister eingeführt. Beide Pläne haben sich äußerst günstig auf die Leistung der Arbeiter und damit auf die Ausbringung des gesamten Betriebs ausgewirkt und durch bessere Ausnützung der Betriebseinrichtungen zu einer erheblichen Selbstkostensenkung geführt.

Die Grundlage für den Arbeiter-Lohnanreizplan bildet die Normzeit, d. h. der normale Zeitbedarf eines durchschnittlich begabten Arbeiters bei normaler Anspannung für eine bestimmte Stück- oder Serieneinheit. Als Zeitmaßstab dient die Arbeitsminute, die als „Einheit" bezeichnet wird. Wenn der Zeitnehmer 0,5 Minuten als Zeitbedarf für einen Arbeitsgang ermittelt und wenn dazu 40 Proz. als Ermüdungsspanne aufgeschlagen werden, so ergibt sich als normaler Zeitbedarf für die betreffende Arbeitsleistung eine Stückzeit von 0,5 plus 0,2 Einheiten, insgesamt also 0,7 Einheiten. Diese Stückzeit wird jetzt auf die Arbeitsstunde übertragen. Der einzelne Arbeiter muß also 86 Arbeitsstücke pro Stunde fertigstellen, um die vereinbarte Mindeststückzahl zu erreichen.

Da der reine Zeitbedarf für einen Arbeitsgang 0,5 Einheiten beträgt, kann der Arbeitnehmer in der Stunde bis zu 120 Arbeitsstücke fertigstellen, also 34 mehr als vereinbart worden ist. Diese Zahl mit 0,7 multipliziert ergibt die Anzahl der Bonus-Einheiten pro Arbeitsstunde, in diesem Falle 24. Der Wert der Bonus-Einheiten ist auf 75 Proz. des Stücklohnes festgesetzt worden. Erhält der Arbeitnehmer einen Stundenlohn von 1,50 Dollar, so entfallen davon auf ein Werkstück 0,025 Dollar, und der Wert einer Bonus-Einheit beträgt demnach 0,01875 Dollar (75 Proz.). Der Arbeiter würde also bei einer Ausbringung von 120 Stück pro Stunde einen Grundlohn von 1,50 Dollar plus 0,45 Dollar Bonus (24 mal 0,01875) erhalten, insgesamt 1,95 Dollar pro Arbeitsstunde, in der er diese Stückzahl erreicht.

Bonuspunkte für „Betriebssicherheit"

Der Lohnanreizplan für Werkmeister sieht besondere Prämien für Steigerung der Arbeitsleistung in der Abteilung sowie für Senkung der Stückkosten und für rückläufige Unfallziffer vor. Die jeweils durch genaue Produktionskontrollen ermittelten Ausbringungsergebnisse werden mit denen des Vormonats verglichen und auf ein festes Punktsystem bezogen. Für je 5 Punkte erhält der Werkmeister einen Bonus von 1 Prozent gutgeschrieben. Dagegen muß er für unrationelles Arbeiten Abzüge vom Bonus in Kauf nehmen. Besondere Plus- oder Minuspunkte werden für „Betriebssicherheit" gewährt, die an Hand der monatlich vom Unfallverhütungsspezialisten des Betriebs ermittelten Häufigkeit und des Schweregrades von Unfällen errechnet werden. Wenn in beiden Faktoren gegenüber dem Vormonat Verbesserungen erzielt wurden, so erhält der Werkmeister zu seinem Bonus je 1 Proz. zugeschlagen, andernfalls wird je ein einprozentiger Abzug vorgenommen.

Jeder Werkmeister kann sowohl für unmittelbare Verbesserungen in seiner Abteilung als auch für deren Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb belohnt werden. Ein Bonus auf den „Werksdurchschnitt" gehört zum Schema. Beim Überschreiten des Durchschnitts um 10 Punkte werden jedem Werkmeister 5 Proz. zu seinem Bonus zugeschlagen, bei einem Absinken dagegen werden ihm 2 Proz. für jeden Punkt abgezogen. Die Anwendung dieser beiden Anreizpläne beweist, daß durchdachte und richtig angewandte Leistungslöhne das beste Mittel zur Entwicklung rationeller Produktionsmethoden sind. Außerdem zeigt sich, daß gut ausgebildete Arbeiter und Werkmeister dem Betrieb bei richtigem Arbeitseinsatz die beste Möglichkeit zu innerbetrieblichen Kostensenkungen geben.

Stahlkrieg an der Saar

Die Saarwirtschaft als Objekt der deutsch-französischen Montan-Differenz

Von der Saar wird uns geschrieben: Unter dem Druck der deutschen Kohlennot hat man sich an der Ruhr gezwungen gesehen, auch die Kokslieferungen nach Lothringen einer Revision zu unterziehen. Als Antwort darauf hat das „Comptoir des Produits Sidérurgiques", das Verkaufskontor der franz. Stahlindustrie, der auch die Saarindustrie angegliedert ist, die Anweisung erteilt, die Stahlexporte nach Deutschland einzustellen. Es werden lediglich zur Abwicklung die laufenden Lieferungen noch ausgeführt. Die ursprünglich eine Million t betragende Quartalslieferung der Ruhr an Koks sei von deutscher Seite einseitig auf 750 000 t und schließlich 600 000 t herabgesetzt worden.

Da der Stahlexport von der Saar nach Westdeutschland sowieso über eine **Ausgleichskasse** subventioniert werden müsse, könne er nicht aufrechterhalten werden, da Frankreich seinen Stahl angesichts der augenblicklichen Rüstungskonjunktur in der ganzen Welt erheblich günstiger absetzen könne. An der Saar ist man keineswegs begeistert über diese Maßnahme der Pariser Verkaufskontors und weist darauf hin, daß hier wieder einmal jedes saarländische wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht außer acht gelassen worden sei. Man hat hier nach wie vor den Wunsch, die alte süddeutsche Kundschaft mit saarländischen Hüttenwerks-Erzeugnissen zu beliefern und auf vorübergehende Gewinne in überseeischen Märkten zu verzichten, die sich auf die Dauer doch nicht festhalten ließen. Der natürliche Markt für das Saareisen sei nach wie vor Süddeutschland. Die Saarwirtschaft sei auf die natürliche Bezugs- und Absatzverflechtung nach Osten und Westen angewiesen und hege nicht den Wunsch nach einer „totalen Wirtschaftseingliederung" nach Frankreich, sondern lediglich eine Zoll- und Währungsgemeinschaft nach dem Muster der Benelux-Union. Hauptabnehmer des Ruhrkokses sei Lothringen und nicht die Saar. Dort würden seit Jahren in Thionville, Carling und Marienau Versuche gemacht, einen Koks mit lothringisch-saarländischer Kohle zu erzeugen, der einen gewissen Ausgleich gegenüber dem Ruhrkoks zu geben vermöchte. Die Treiber zur Sperre des Saareisenexports seien also die „SOLLAC", die Société Lorraine de Laminage Continu, die Société des Aciéries de Longwy und die lothringische Kohlengrubendirektion. Zu ihnen sei in allerletzter Zeit eine neugegründete Gesellschaft, die „SIDELOR" getreten. Die Saareisenindustrie aber könne sehr wohl mit den bisherigen Ruhrkoks-Lieferungen auskommen und lehne den Druck der lothringischen Hütten auf das Pariser Verkaufskontor ab. Es ist damit zu rechnen, daß die Angelegenheit zu einem energischen Vorstoß im Landtag benutzt wird.

Saar-Gelder in Paris

Vom Wirtschaftsbeirat der Christlichen Volkspartei des Saarlandes wurde kürzlich festgestellt, daß die saarländischen Geldanlagen in Paris von 12 Milliarden frs. auf 7,7 Milliarden zurückgegangen sind. Die dadurch zurückgezogenen Gelder wurden vorwiegend in saarländischen Sparkassen angelegt. Auf Grund neuer Vorschriften des Sparkassen-Arretés konnten über die saarländische Rediskontbank mittelfristige Kredite durch die Sparkassen gegeben werden. Ein Abzug von über eine Milliarde frs. aus Paris erfolgte durch die Übernahme der von den Sparkassen gezeichneten Regierungsanleihe auf die Landesbank und die Girozentrale Saar. Für Kommunal- und Wiederaufbaukredite wurde wieder eine Milliarde frs. frei. Ein weiterer Rückzug von Saargeldern aus Paris erfolgte durch Abhebung von Spargeldern anläßlich des Koreakonflikts. Der Rest dürfte in handelsfähigen Wechseln der Sparkassen angelegt worden sein.

Das Neunkircher Eisenwerk

Das Werk wird die erste der beiden in Vorbereitung befindlichen, modernisierten Walzenstraßen im kommenden Februar in Betrieb nehmen. Die Roheisenproduktion der ersten beiden wieder angeblasenen Hochöfen stieg von 9500 t im Juli auf 28 300 t im Okt. Das zu Walzstählen, T- und U-Eisen und handelsübliche Profile verarbeitete Eisen wurde auf dem französisch-saarländischen Markt und zu einer beachtlichen Quote in Westdeutschland verarbeitet.

Die Dillinger Hütte

Die Hütte, die bekanntlich in den zum Aufbau „kontinuierlicher Walzenstraßen" gebildeten französischen Walzwerks-Konzern „SOLLAC" eingegliedert wurde, hat ihre Kapazität angesichts der starken Nachfrage auf dem Blechmarkt zu hundert Prozent ausgenutzt. Sie wird noch auf Jahre hinaus ihre Warmwalzenstraße in Betrieb halten, bis sich die Konzernbindungen über die Einführung von Breitbandstraßen für Fein- und Mittelblech der SOLLAC auf ihren Betrieb auswirken werden. Das Werk hatte nach Auffassung seines Direktoriums keine andere Wahl, als sich gemeinsam mit den lothringischen Werken zu einer leistungsfähigen Gruppe zusammenzuschließen, und sich dadurch eine Quote der von der SOLLAC herzustellenden Bleche zu sichern.

Eine neue Rasierklingenfabrik

Die Rasierklingen-Spezialfabrik Kirsch wurde mit Hilfe Solinger „Härtefachleute" in Elversberg in Betrieb genommen. Das Werk arbeitet mit modernen Stanzmaschinen, Härteöfen mit automatischer Schaltung, neuartigen Brechtischen und Schleudertrommeln. 6000 Klingen gehen in der Stunde ins Ölbad. Neben dem französisch-saarländischen Markt ist bereits der Überseeversand angelaufen.

Italienische Industrie gegen Schumanplan

In einer offiziellen Erklärung der „Confindustria", der Spitzenorganisation der italienischen Industrie, die in der gesamten italienischen Presse, z. T. an hervorragender Stelle verbreitet wird, warnt der Präsident der Confindustria, Dr. Costa, vor einem übereilten italienischen Beitritt zum Schumanplan. Dr. Costa bezeichnet die Konstruktion als zu schwerfällig und wirr. Als „fast humoristisch" charakterisiert Costa die Bestimmungen über die Kontrolle von Fusionen und Konzentrationen, die für die großen Dimensionen einen Sinn hätten, aber unzweckmäßig seien, wenn es sich um den privaten Erwerb kleiner Beteiligungen handle. Der Plan unterwerfe alle Privatunternehmen einer Kontrolle „polizeilichen Charakters", obwohl man die gleichen Ziele mit anderen Mitteln (z. B. Einigung zwischen den Produzenten) erreichen könne. Der Plan lasse konkrete Schutzmöglichkeit für die italienischen Interessen vermissen, da sich Italien auf das Wohlwollen der anderen Mitglieder verlassen müsse. „Statt daß man eine Regelung der Produktion der beiden Schlüsselsektoren der Wirtschaft angestrebt habe, scheint es, daß man auf internationaler Ebene Sozialisierungsmaßnahmen einzuführen wünscht, die auf nationaler Ebene überall negative Ergebnisse gezeigt haben." Die italienische Industrie habe bisher guten Willens an der Vorbereitung des Planes mitgearbeitet, im Hinblick jedoch „auf die unerwartete Entwicklung, die der Plan durchgemacht hat und angesichts der umständlichen Konstruktion, die sich aus den langen Verhandlungen ergibt", solle die Regierung die Gefahren des Planes erneut prüfen: „Nicht nur zum Schutze der Privatinitiative, die man nach dem Plane als beseitigt bezeichnen kann, sondern auch, weil eine so paradoxe, kleinlich genaue und despotische Regelung praktisch nur zu negativen Ergebnissen führen kann; insbesondere für denjenigen, der nicht die notwendigen Mittel besitzt und besitzen kann, um sich zu schützen oder sich schützen zu lassen". Neben den politischen Erwägungen müßten auch die wirtschaftlichen Überlegungen berücksichtigt werden.

Wieder einmal „Dumping"-Beschuldigungen

Das Mailänder Wirtschaftsblatt „24 Ore" bringt eine offenbar vom zuständigen Industrieverband inspirierte Meldung über ein angebliches deutsches „Dumping" auf dem griechischen Markt. Bei einer Ausschreibung der Gasgesellschaft in Athen sei eine deutsche Firma gegenüber der italienischen, britischen, belgischen und französischen Konkurrenz dadurch als Sieger hervorgegangen, daß sie um 60% unter dem Durchschnittspreis ihrer Konkurrenten anbot. Dieser „Fall" wird als neues Indiz für die Notwendigkeit bezeichnet, daß die italienische Delegation in Torquay dem deutschen Drängen auf Zollsenkungen für feuerfeste Produkte nicht nachkommen darf. Die italienische Industrie habe gezeigt, daß sie auf der gleichen Höhe wie diejenigen Länder stehe, die kein „Dumping" treiben.

Röpke für Politik des „knappen Geldes"

Über „das Ringen des Westens um eine freie Marktwirtschaft" sprach in Hamburg vor Mitgliedern des Überseeklubs Professor Dr. Wilhelm Röpke, Genf. Prof. Röpke stellte fest, daß die Integration der internationalen Wirtschaft nur durch den Abbau der kollektivistischen Methoden der Außenwirtschaftspolitik zu erwarten sei, die in den dreißiger Jahren die Desintegration der Weltwirtschaft verschuldet hätten. Diese Aufgabe sei nicht durch internationale, sondern nur durch nationale Aktionen lösbar. Die in den letzten Jahren in dieser Richtung erzielten Fortschritte sind nach Ansicht von Röpke tatsächlich nur durch eine Umkehr innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften zur Marktwirtschaft erzielt worden. Pläne, die die internationale Integration ohne diesen schmerzhaften Weg erreichen wollen — so meinte Röpke — seien nur mit Skepsis zu betrachten. Das gelte auch für den Schumanplan und die europäische Zahlungsunion. Die EZU habe nur dann einen Sinn, wenn sie die einzelnen Regierungen zu einer nationalen Wirtschafts- und Geldpolitik des „knappen Geldes" veranlasse, die das internationale Gleichgewicht gewährleiste. Es besteht nach Ansicht des Vortragenden „vielleicht Anlaß zu gewissen Hoffnungen in dieser Hinsicht."

Zu den Schwierigkeiten in der deutschen Zahlungsbilanz erklärte Röpke, daß diese seines Erachtens nicht nur auf zufälligen Spannungen, sondern auch auf fundamentalen Gleichgewichtsschwierigkeiten beruhten. In diesem Zusammenhang müsse auch die innerdeutsche Konjunktur und ein damit verbundener gewisser „Inflationsdruck" gesehen werden als Folge der Investitionspläne vom Sommer dieses Jahres. Röpke brachte seine Übereinstimmung mit dem Jacobsen/Cairncross-Gutachten zum Ausdruck und stellte fest, daß auch der Bundeswirtschaftsminister und der Präsident der BDL gegen die Kreditexpansion gewesen seien. Lediglich auf Wunsch der Alliierten seien die Kredite ausgeweitet worden. Die Alliierten dürften nunmehr auch nicht die Folgen der Expansion verurteilen. In den Empfehlungen die nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erteilt worden seien, müsse man vor allem die Schaffung eines Präzedenzfalles für künftige Schwierigkeiten in den Zahlungsbilanzen anderer Länder sehen.

Zu der Frage, ob die internationale Rüstungskonjunktur mit ihren Preissteigerungen die internationale Marktwirtschaft bedroht, sagte Prof. Röpke, daß die eigentliche Weltgefahr in der Inflation liege. Die Inflation aber sei nicht durch kollektivistische Mittel zu bekämpfen. Dazu gehöre vor allem auch, daß die gegenwärtigen Lohnsteigerungen — insbesondere in den USA — „in Schach gehalten werden."

Kaufen - verkaufen
Sichern Sie sich Ihren günstigen Messestand jetzt!
Meldeschluß 31. Jan. 1951
IBO-MESSE • Friedrichshafen 33

„Kulturgeschichte als Kultursoziologie"

Unter diesem Titel ist im Verlag R. Piper & Co., München, die zweite erweiterte Auflage des im Februar 1935 zum erstenmal erschienenen Buches von Alfred Weber erschienen.

Der soziologisch interessierte Leser geht heute wesentlich befangener an Kultursoziologien heran. Das Aufrütteln der Völker Europas durch den zweiten Weltkrieg mit seinen Folgen hat das Interesse an diesen Themen verstärkt. Außerdem sind eine Reihe von nichtwissenschaftlichen Büchern erschienen, die — sagen wir zunächst einen Kulturpessimismus in die breite Öffentlichkeit getragen haben. Wir denken etwa an Mailer's „Die Nackten und die Toten" oder an Malapartes „Die Haut" oder an „Das Wochenende in Zuidcote". Das erschütternde Buch in dieser Richtung ist das „25 Uhr" betitelte Buch von C. V. Gheorghiu, das feststellt, der Mensch ist auf seine reine soziale Funktion beschränkt, also was Burnham nur für die leitenden Männer, seine „Manager" feststellte, ist hier auf das Allgemeine übertragen. Und trotzdem liegt schon bei Georghiu ein kleines Körnchen Hoffnung. So deuten wir jedenfalls seinen Satz, daß die ganze Welt jetzt als Opfer brenne. Auch das Buch von Guardini „Das Ende der Neuzeit" ist trotz seines pessimistischen Titels etwas hoffnungsfroher, was bei dem Verfasser nicht wundern kann, der fest in der katholischen Religion verwurzelt ist. In naher Erinnerung an diese Bücher und in weiterer Erinnerung an Spengler (und dazwischen von Toynbee) nahmen wir die zweite Auflage von Alfred Weber in die Hand. Der Anfang und das Ende des Buches scheinen widerspruchsvoll. In der Einleitung versucht Weber zu erklären, daß er nicht deuten will, jedenfalls nicht in der Bedeutung des Wortes: Philosophisches Sinnvorsehen. Er will aber deuten, im Erfassen von Bewegungen und Richtungen. Webers Werk liegt also nicht eine kulturphilosophische Auffassung zugrunde wie bei Spengler, sondern er stellt nur das Aufwachsen und Schicksal von geschlossenen Gesamtkulturen dar, die gegeneinander im Wesen und Physiognomie abgehoben sind, in der Fülle verschiedenartiger, doch einheitlich zusammengeschlossener Gestaltung und Haltung.

Liest man danach den in der zweiten Auflage beigefügten Schluß des Buches, so erkennt man deutlich, daß auch Alfred Weber nicht nur nüchtern betrachtet, sondern mit dem Herzen an einer — sagen wir einmal — Kultur hängt, nämlich der Kultur des von ihm sogenannten „dritten Menschen". Er macht eine Reihe von Vorschlägen, wie dieser dritte Mensch zu retten ist. Mit diesem Wunschbild verläßt Alfred Weber die durch sein ganzes Werk gehende objektive Betrachtungsweise des reinen Darstellens. Ja, er übersieht sogar, daß die artgeigene Entwicklung deshalb nicht einheitlich sein kann, weil die Arten verschieden sind. Was er nämlich, wie wir noch sehen werden, unter dem dritten Menschen zusammenfaßt, ist viel zu viel, als daß es eine eigene Art hätte. Es sei denn . . .

Stellen wir zunächst Webers Einteilung fest: Der erste Mensch zeigt sich vom primitiven bis zur ägyptisch-babylonischen Kultur, der zweite Mensch lebte in persisch-jüdischen und antiken Mittelmeer-Kulturkreisen, der dritte Mensch ist sowohl der byzantinisch-slawisch-östliche, der islamische und der abendländische. Es ist danach klar, daß Weber sein letztes Kapitel mit der Frage überschreibt: Kommt der vierte Mensch? Gerade in diesem Kapitel aber beschäftigt er sich mehr oder weniger deutlich mit dem östlichen Menschen.

Diese Vierteilung der Menschen (ausdrücklich mit dem von uns hier in seiner Doppelsinnigkeit benutzten Wort) ist sowohl von Physik- und Mathematik-Gelehrten wie von der Esoterik in auffallender Parallele aufgestellt und bewiesen worden. Benutzen wir dafür die physikalische Terminologie. Die Primitiven (also erste Stufe) lebten in einer Dimension, die zweite Stufe kannte bereits die zweite Dimensionen (die ägyptischen Bild- und Friesdarstellungen waren eindeutig nur zweidimensional). Die dritte Stufe kannte die dritte Dimension, gab ihr wissenschaftlich in der Mathematik und Physik und im Bildwerk Ausdruck. Erst in den letzten Jahrzehnten bewegte sich der Mensch in den Gedanken der vierten Dimension. So geistvoll diese Theorie ist, so wenig scheint sie zu stimmen, wenn wir an die zweidimensionalen Felszeichnungen der Primitiven und die zweifellos dreidimensionalen der Pyramiden der Ägypter denken.

Der gleiche Einwand gilt für diese Einteilung Alfred Webers. Gewiß soll ihm hoch angerechnet werden, daß er die erste und zweite Stufe bis in die Neuzeit hineinzieht und nicht, wie manche anderen Kultursoziologen, eine Periode an die andere sich zeitlich anschließen läßt, aber was für den sogenannten vierten Menschen zutrifft, ist keine Erscheinung der letzten Jahre. Man kann diesen vierten Menschen auch zurück verfolgen. Gerade wenn man die Definition Alfred Webers vom vierten Menschen zugrunde legt (der vierte Mensch ist nicht mehr eine Einheit, die sich in aller Vielfalt und Vielgestaltigkeit doch in allen Dingen allmenschlich verantwortlich fühlt — ein Mensch gleichsam mit einer Persönlichkeitsspaltung, dessen eine Hand nicht mehr weiß was die andere tut . . .), wird man einen Vorläufer des vierten Menschen schon im politischen Höhepunkt des alten Rom finden; denn die Persönlichkeitsspaltung zeigt sich in der Vermassung, im Massenwahn. Vielleicht würde man, wäre die Geschichtsforschung schon weiter, auch noch länger zurückliegende Daten für diesen vierten Menschen finden.

Es sei damit angedeutet, daß diese vier Menschen in jedem Menschen und zu jeder Zeit vorhanden gewesen sind und sich mit Sicherheit auch ausgedrückt haben. Mit der anscheinend den Kultursoziologen wesentlich erscheinenden Nuance, daß einmal der dritte und einmal der zweite Mensch stärker hervortrat.

Es erscheint uns auffallend, daß sowohl Alfred Weber wie Guardini soviel von dem „Es" sprechen, und es klingt dabei an, daß doch wohl der Mensch, ganz gleich in welcher Kulturepoche er lebte, etwas vom Paradies zurückbehalten hat. Alfred Weber bemüht sich am Schluß des Buches, Begriffe zu sezieren, so vor allem den Begriff Geist, aber es gelingt ihm nicht, den Begriff rein zu bekommen. Man merkt seinen Sätzen an, daß er das vorher wußte. Daß Alfred Weber in seinen letzten Sätzen von jenem „geheimnisvollen Bereich spricht, den wir als seelisch-geistiges einheitliches Wunder in uns tragen", zeigt, daß er an die Grenzen der wissenschaftlichen Grenze vorgedrungen ist.

Das Buch Alfred Webers ist sehr eigenwillig geschrieben und darum besonders reizvoll. Der Stil ist schwer. Die Satzperioden lang. Aber es lohnt sich die Mühe, dieses Buch von Anfang bis zum Ende zu lesen. Alfred Weber zeigt die Entwicklung der Kulturen in einem ganz anderen Licht wie die bekannten Schriftsteller vor ihm. Er ordnet anders ein und gibt viele Anregungen zum Nachdenken. Gerade weil es ohne bestimmte kulturpolitische, vorgefaßte Meinung geschrieben ist, werden es alle gern lesen, ganz gleich, in welchem Meinungslager der einzelne steht. H.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Kohlenmangel und Rohstoffverknappung auf den Papier- und Metallsektoren verhinderten im November die volle Ausnutzung der weiterhin sehr günstig verlaufenden Konjunktur.

Die starke Zurückhaltung der Waldbesitzer bei den Einschlägen verschlechtert die Lage der Sägewerke in bedenklichem Maße weiter. Wie im Vormonat so war auch im November **Rundholz kaum aufzutreiben.** Von einigen Ausnahmen abgesehen sind die Kapazitäten der Säge- und Hobelwerke nur zu 20% ausgenutzt. **Stillegungen werden unvermeidbar sein.** Unverändert groß blieb die Nachfrage an Schnittholz. **Die Möbelindustrie arbeitet auf vollen Touren,** teilweise mit Überstunden. Bei geräumten Lagern sichert der Auftragsbestand die Vollbeschäftigung für mehrere Monate. Bei der **Papierindustrie** führte **Kohlenmangel** zu Stillegungen und starken Produktionseinschränkungen, die nicht unwesentlich auch durch **Mangel an Zellulose** bedingt waren. Die Auswirkungen waren im Berichtsmonat schon sehr stark in der Tapetenindustrie spürbar, deren Vorräte aber noch bis Anfang 51 die glatte Abwicklung der Aufträge sicherstellen. Neue Geschäftsverbindungen konnten mit Südamerika geknüpft werden. Die **gute Beschäftigungslage der Textilindustrie** hätte eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge gehabt, wenn der Kohlenmangel nicht eingetreten wäre. Die Garnerzeugung wurde durch Mehrschichtenarbeit gesteigert. Die **starke Verteuerung der Rohstoffe läßt Preissteigerungen bei der Fertigware für Anfang 51 als sicher erscheinen.** Bei weiterem Anziehen der Rohstoffpreise war die Lage bei der Lederindustrie auch im November im allgemeinen unbefriedigend. Die **Tabakindustrie** arbeitete stark auf Lager. Die geringen Auftragseingänge werden zu Kurzarbeit führen. Bei der **Nahrungsmittelindustrie** waren die saisonmäßig bedingten Umsätze der Brennereien gut, bei den Brauereien gingen sie weiter zurück. Der Grund hierfür dürfte nur in unbedeutendem Maße bei der Kohlenverknappung und entscheidend beim gestiegenen Weinkonsum zu suchen sein. Trotz verschlechterter Rohstofflage konnte die Chemische Industrie ihre Kapazität voll ausnutzen. Die **Auftragseingänge bei der Metall- und Maschinenindustrie waren anhaltend gut.** Diese Branche hatte am stärksten unter dem Mangel an Kohle und Rohstoffen zu leiden. Bei Anhalten dieser Mangellage wird die prompte Abwicklung der Aufträge in Frage gestellt. Das gleiche trifft für die Gruppe Feinmechanik und Optik zu. **In beiden Fällen muß das Auslandsgeschäft aus obigen Gründen als gefährdet angesehen werden.**

Ein **Anhalten der Produktionssteigerung** konnte bei maßgeblichen Werken **der Elektroindustrie** festgestellt werden, bei der auch das Außenhandelsgeschäft gut verlief. Die **Bauindustrie** war mit wenigen Ausnahmen gut beschäftigt. Besorgniserregend sind die monatelangen Liefertermine bei Baustellen. Die vorrangige Belieferung der besser zahlenden USA dürfte bei der allgemeinen Eisenverknappung der Grund für die **Vernachlässigung der Inlandskundschaft** sein.

Am 13. 12. hat der **Badische Landtag** die **Änderung des Feiertagsschutzgesetzes** beschlossen. Danach hat Baden in Zukunft nur noch zwölf gesetzlich geschützte Feiertage. Der Dreikönigstag (6. Januar) und der St. Josephstag (19. März) fallen fort. In der gleichen Sitzung erklärte Wirtschaftsminister Lais auf eine Anfrage, daß von den aus Kohlenmangel vorübergehend stillgelegten neun Betrieben bereits acht schon wieder die Arbeit aufgenommen haben.

„Gegen eine verfrühte Räumung Kehls" hat einstimmig der Straßburger Stadtrat Stellung genommen. Der erforderliche Wohnraum für die aus Kehl zurückzuziehenden Franzosen sei in Straßburg noch nicht vorhanden.

An dieser Stelle berichteten wir in unserer Ausgabe vom 15. 11. über den starken **Umsatzrückgang,** den der Einzelhandel **im Grenzgebiet** seit der Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs zu verzeichnen hat. Die Konstanzer Geschäftswelt allein meldete einen monatlichen Ausfall von ½ Million DM. Nach einer Besprechung bei der Industrie- und Handelskammer Konstanz, bei der auch das Bundesfinanzministerium vertreten war, hat die **Oberfinanzdirektion Freiburg durch eine Verfügung vom 11. 12. die Herübernahme Schweizer Rauchwaren wie folgt gedrosselt:**

„Im deutschen Zollgrenzbezirk wohnhafte Grenzbewohner über sechzehn Jahre können als angemessener Reisebedarf täglich zwei Zigaretten oder einen Stumpen oder eine Zigarre abgabefrei einbringen. Einmal wöchentlich wird jedoch diese Tagesmenge auf 20 Zigaretten oder 10 Stumpen oder 5 Zigarren oder 40 Gramm Rauchtabak erweitert. Die Tabakerzeugnisse müssen in angebrochenen Packungen eingebracht werden.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für die in der Schweiz arbeitenden deutschen Grenzbewohner (Grenzgänger) und die Bewohner der schweizerischen Grenzzone. Für sie bleibt es bei der bisherigen Regelung. (Täglich 20 Zigaretten oder 10 Stumpen oder 5 Zigarren oder 40 Gramm Rauchtabak.)"

In der Veröffentlichung der Oberfinanzdirektion Freiburg wird darauf verwiesen, daß durchschnittlich täglich 33 000 Personen den kleinen Grenzverkehr genutzt und dabei ebenfalls täglich über 10 Zentner Tabak nach Deutschland herübergebracht hätten.

Die **Schnellpressenfabrik AG Heidelberg** beschloß am 12. 12. auf ihrer Hauptversammlung, das Grundkapital im Verhältnis 1:1,25 von 4 Millionen RM auf 5 Millionen DM umzustellen. Mit 0,50 Millionen DM und 0,40 Millionen DM wurde eine gesetzliche Rücklage gebildet. Für das Geschäftsjahr 1949 mit 0,58 Millionen DM Gewinn wurden 6% Dividende verteilt. Ununterbrochen stiegen im Laufe der Jahre die Aufträge auf die weltbekannten vollautomatischen „Heidelberger". Das Exportgeschäft sei gleichfalls ständig an; der größte Anteil entfällt auf die USA und Kanada.

Die **Brauerei Huttenkreuz AG, Ettlingen,** schlägt ihrer Hauptversammlung am 30. 12. die Umstellung des Aktienkapitals im Verhältnis 1:1 auf 0,60 Millionen DM und die Zahlung von 3% Dividende aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1949 (31 000 DM) vor.

Am 7. 12. starb Herr **Josef Krückels,** der Gründer und Seniorchef der **Maschinenfabrik J. Krückels KG, Zell im Wiesental.** 1898 begann Krückels mit nur sechs Arbeitern die Herstellung von Zubehörteilen für die Textilmaschinenindustrie. In zäher Arbeit entwickelte **diese** vorbildliche Unternehmerpersönlichkeit die im In- und Ausland gleichermaßen begehrte „Viel-Trommel-Schlichtmaschine". In das unermüdliche Streben nach der Vervollkommnung der Textilmaschinen führte zu über **40 Patenten.**

Einen Kleinlaster als motorisierten Kippkarren zum Transport von Schüttgut aller Art hat die **Joseph Vögele A.G., Mannheim,** herausgebracht. Das Werk erfüllt damit die alte Forderung nach einem zweckmäßigen Transportgerät für Beton, Kohle, Sand und Düngemittel. Der IVO-Kleinlaster wird mit Einzylinder-Zweitaktmotor und angeblocktem Mehrganggetriebe ausgestattet, ist durch zweckmäßige Anordnung des Lenkrades sehr wendig, für rauhen Betrieb gebaut, mit einer Stehaufkippmulde, 300 Ltr. Inhalt, leicht zu bedienen, in der Unterhaltung und Wartung bedürfnislos und mit einer Höchst-Fahrgeschwindigkeit von 15 Kilometerstunden im dritten Gang ausgestattet. Das Werk liefert außerdem als selbst-lastentragendes Fahrzeug den IVO-Karren mit verschiedenen Aufbauten, für 1250 und 2000 kg Tragkraft, mit Ein- und Zwei-Zylinder-Zweitaktmotoren ausgestattet, und als Zugmaschine für den Werktransport mit Anhänger den IVO-Trecker mit Dieselmotor. Sowohl der IVO-Karren als auch der IVO-Trecker sind mit einer Höchst-Fahrgeschwindigkeit von 15 Kilometerstunden ausgestattet. Obwohl die Fahrzeuge ausgesprochen für den Werkverkehr geliefert werden, sind sie auch für den Straßenverkehr zugelassen.

Betonrohrpressen neuester Konstruktion produziert serienweise unter Auslieferung von über der Hälfte der Produktion an die Auslandmärkte, vor allem nach Südamerika und Australien, die **Maschinenfabrik Ettlingen, Friedrich Pfeiffer K.G.,** nachdem es ihr gelungen ist, die Belegschaftsziffer auf 100 zu erhöhen und dadurch zu verdoppeln.

Württemberg

Die **NSU-Werke in Neckarsulm** haben jetzt mit der serienmäßigen Fertigung des NSU-Lambretta-Autorollers begonnen. Der Import von Lambretta-Motorrollern aus Italien ist eingestellt worden. Generaldirektor Niegisch gab auf einer Pressebesprechung bekannt, daß im nächsten Jahr zirka 10 000 Lambretta-Fahrzeuge hergestellt werden sollen.

Vor geladenen Gästen führte am 13. 12. die **Robert Bosch GmbH, Stuttgart,** erstmalig den Bosch-Schallwäscher der Öffentlichkeit vor. Dieser Waschapparat wäscht mit gewöhnlichem Schall. Unter Ausschließung der bisherigen Wascharbeit der Hände reinigt er die Wäsche in 5 Minuten. Besonders wurde hervorgehoben, daß der Schallwäscher wie keine andere Waschmaschine die Gewebe schone und daher für Wäsche aller Art zu verwenden sei. Da der Bosch-Schallwäscher in verschiedenen textiltechnischen Versuchsinstituten und in Haushaltungen von Werksangehörigen sich während einer zweijährigen Probezeit bewährt hat, sind die Voraussetzungen für die Übergabe an die Hausfrauen und gewerblichen Unternehmen erfüllt. Der Preis beträgt 135 DM.

Rheinland-Pfalz

Der **Ausweis der Landeszentralbank** von Rheinland-Pfalz vom 30. November 1950 zeigt gegenüber dem vom Ende des Vormonats ein weiteres Anwachsen der gewährten Kredite um 4,3 Mill. DM. Der Wechselbestand verringerte sich um 8,3 Mill. DM, die Indossamentsverbindlichkeiten erhöhten sich um 12,6 Mill. DM und der Kassenkredit an das Land um 9,6 Mill. DM, während die ausstehenden Lombarddarlehen um 8,6 Mill. DM zurückgingen. Die Gesamteinlagen auf den Girokonten nahmen um 14,7 Mill. DM ab. Im einzelnen verringerten sich insbesondere die Guthaben der Kreditinstitute um 2,3 Mill. DM, die der öffentlichen Verwaltungen um 2,3 Mill. DM und die der Dienststellen der Besatzungsmacht um 11,3 Mill. DM. Zunahmen ergaben sich auf den Konten der sonstigen In- und ausländischen Einleger um 10,2 Mill. DM. Die Lombardverbindlichkeiten gegenüber der BdL erhöhten sich um 9,4 Mill. DM auf 42,8 Mill. DM.

Der Umschlagsverkehr in den Ludwigshafener Häfen erreichte im November 234 256 (im Vormonat 253 838) t. Es wurden u. a. angefahren: Brennstoffe 80 113 (93 018) t, Getreide 7493 t, Baustoffe 25 140 t. Abgefahren wurden u. a. 36 388 t Industriehalb- und Fertigerzeugnisse und 13 742 t Eisenerze, Schrott und Bleche.

Bayern

Das **Bayerische Wirtschaftsministerium** trat in einer Stellungnahme den im In- und Ausland in sensationeller Aufmachung verbreiteten Meldungen von angeblichen **Uran-Vorkommen in Bayern** entgegen. Das Bayerische Oberbergamt bestätigte, daß zwar im Fichtelgebirge und in der Nähe von Nabburg seit über zwanzig Jahren Uranvorkommen nachgewiesen wurden, daß diese Vorkommen aber ohne jede wirtschaftliche Bedeutung seien, da die Mineralager zur eigentlichen Urangewinnung völlig ungeeignet und auch gar nicht abbaufähig sind.

Die ursprünglich für die Zeit vom 22. September bis zum 7. Oktober in **München** geplante **Elektro-Messe** ist auf die erste Augusthälfte vorverlegt worden, weil sie sonst zeitlich mit der „Deutschen Brauerei-Ausstellung 1951" in München zusammenfällt, wie von der Münchener Elektro-Gesellschaft verlautet. Man glaubt, damit auch dem Wunsch vieler Aussteller zu entsprechen, die die Meinung geäußert hatten, daß ein früherer Termin günstigere Einkaufs- und Dispositionsmöglichkeiten hinsichtlich des Weihnachtsgeschäftes biete.

Der **Saisonumschwung am bayerischen Arbeitsmarkt** hat im November mit einer Zunahme der Gesamtarbeitslosigkeit von über 29 000 auf 320 000 voll eingesetzt, nachdem der erste Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit bereits in der letzten Oktoberwoche (um 5540) festzustellen war. Insgesamt aber war die Arbeitslosigkeit in Bayern im Oktober noch um 6640 rückläufig gewesen. In den Bauberufen, die bereits im Oktober eine um 3760 erhöhte Arbeitslosenziffer aufzuweisen hatten, stieg die Arbeitslosigkeit **im November weiter um knapp** 16 400 (d. i. fast ⅓ der November-Gesamtzunahme) auf gut 49 000 an.

Auf einer **Arbeitstagung der Handwerkspflege im Deutschen Werkbund Bayern am 1. 12., in München** setzte sich Dipl.-Ing. Stolper für einen Gesellenaustausch innerhalb der Handwerkssparten bei der Durchführung besonders interessanter Arbeiten sowie für Beibehaltung einer intensiven praktischen Meisterlehre neben der Berufsschulausbildung ein. Bei öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere auf dem Bausektor, sei der Zuschlag dem qualitätsgünstigsten und nicht dem zunächst billigsten Angebot zu geben.

Die „Handwerkspflege" befaßt sich in Zusammenarbeit mit Behörden und Fachorganisationen vor allem mit der Ermittlung von Qualitäts- und Leistungsmaßstäben im Handwerk sowie mit der Förderung des Nachwuchses unter Feststellung der für diese Aufgabe besonders geeigneten Betriebe. Man beabsichtigt, demnächst eine Anzahl Fachbücher über Handwerkszweige herauszugeben.

Der Gründer des Vereins bayerischer Maschinenbauanstalten und Vizepräsident des VIMA, **Dr. Eberhard Bungartz, München, wurde am 5. Dezember 50 Jahre alt.** Neben verschiedenen anderen Ämtern bekleidete Dr. Bungartz auch das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden im Landesausschuß der bayerischen Industrie. Er gehört der FDP-Fraktion des neuen bayerischen Landtags an.

Im Hinblick auf das kommende 75jährige Jubiläum der Wissenschaftlichen Station für Brauerei in München beschlossen der Verein Deutsche Maschinenbauanstalten, Abteilung Brauerei- und Kellereimaschinen, der Deutsche Brauerbund und die Wissenschaftliche Station für Brauerei in München, die sofortige Vorbereitung einer großen Fachausstellung unter dem Titel **„Deutsche Brauerei-Ausstellung 1951"** im nächsten Jahr **in München** durchzuführen. Die Ausstellung findet während des Oktoberfestes in sämtlichen Ausstellungshallen des städtischen Ausstellungsparkes auf der Theresienhöhe statt. Zur Beteiligung geladen sind außer obigen Organisationen alle einschlägigen Zuliefer-Industrien des Brauereigewerbes, sowie die unmittelbar mit dem Braugewerbe verbundenen Interessentengruppen für Hopfen, Braugerste, Malz usw.

Die letzten Brauerei-Fachausstellungen fanden in den Jahren 1909 und 1936 in München statt, anläßlich des 25jährigen und 50jährigen Jubiläums der Wissenschaftlichen Station für Brauerei in München, des ältesten deutschen Brauforschungs-Institutes. Die kommende Deutsche Brauerei-Ausstellung 1951 in München blickt somit auf die erfolgreiche Tradition eines halben Jahrhunderts zurück. Mit der Ausstellung sind zahlreiche Tagungen verbunden, bei denen die bekanntesten deutschen und ausländischen Wissenschaftler und Praktiker sprechen werden.

Mit den Vorbereitungsarbeiten, dem Aufbau und der Durchführung der Deutschen Brauerei-Ausstellung 1951 in München wurde die Amtliche Messe- und Ausstellungs-GmbH in München, beauftragt.

Hessen

Die Kohlenversorgung der hessischen Industrie konnte in den letzten Tagen soweit gesichert werden, daß zwischen **Weihnachten** und Neujahr keine Kohlenferien in der Wirtschaft eingeführt zu werden brauchen, wie das beabsichtigt war.

Niedersachsen

Nachdem die britische Besatzungsmacht **Kompensierung von Teilanlagen des ehemaligen Hochofens V** abgelehnt hat, wird in Watenstedt weiter demontiert, da Griechenland sich zur Übernahme des Hochofens bereit erklärt haben soll. Bei Besprechungen über einen neuen Handelsvertrag im Juni 1950 gab Griechenland zu erkennen, daß es weit mehr daran interessiert sei, an Stelle des Hochofens deutsche Industriegüter zu erhalten. Der britische Landeskommissioner hat erst kürzlich seine Bereitwilligkeit zur nochmaligen Überprüfung der Frage geklärt.

Das Niedersächsische Amt für Landesplanung und Statistik hat erstmals für Oktober den niedersächsischen **Industrie-Produktionsindex** auf der Basis des Jahres 1936 (bisher erstes Halbjahr 1948 gleich 100) errechnet. Danach ergibt sich für die Gesamtindustrie in Niedersachsen ein Produktionsindex von 153 gegen 134,5 im Bundesgebiet, für die Grundstoffindustrien von 102 (103,6), für die Investitionsgüterindustrien von 146 (126) und für die Verbrauchsgüterindustrien von 134 (118,7). **Die Produktionsentwicklung des Bundesgebietes wurde somit erheblich überflügelt.**

Die „Niedersächsische Wirtschaft" berichtet über die **Industrialisierung Hambührens:** Etwa 8 km vor den Toren Celles liegt an der Straße nach Wietze das ehemalige Munitionslager Hambühren, das nach seiner Freigabe durch die Besatzungsmacht den Vertriebenen, die zunächst in Reinsehlen untergebracht waren, eine zweite Heimat bieten soll. Ein großer Teil der ehemaligen Bunker ist in freundliche Wohnhäuser umgestaltet worden, in denen rund 800 Flüchtlinge Unterkunft gefunden haben.

Zur Beschaffung von Arbeitsplätzen für diese Menschen sind vom niedersächsischen Flüchtlingsministerium Kredite zur Verfügung gestellt worden. Zum Teil mit Hilfe dieser Kredite, zum Teil jedoch aus eigener Kraft, hat eine Reihe von Firmen unter Ausnützung der vorhandenen Anlagen neue industrielle Fertigungsstätten errichtet. Eine früher in Berlin ansässige Firma hat ihre Werkstätten für modernen Textildruck, die vorübergehend in Celle unterhalten wurden, vor einiger Zeit nach Hambühren verlegt. Das Unternehmen hat einen guten Auftragsbestand aufzuweisen, darunter auch Exportaufträge. Beschäftigt werden vorwiegend Flüchtlinge, auch bereits einige der aus Reinsehlen zugezogenen Vertriebenen. Auch eine Essenzenfabrik, deren Betriebsräume in der Stadt Celle zu klein geworden waren, hat in Hambühren Platz gefunden. Vorbereitet wird z. Zt. eine Halle, die einer Baukastenfabrik zur Herstellung von Holzbaukästen dienen soll. Mit dem Aufbau eines Konservengewerbes, das in drei der ehemaligen Lagerhallen seine Fabrikation aufnehmen will, wurde begonnen. Einige Aufträge konnten bereits ausgeführt werden. Ein ehemaliger ostpreußischer Sägewerksbesitzer hat ein kleines Sägewerk mit einem Gatter eingerichtet. Geplant ist ferner die Errichtung einer Buntweberei durch einen Weberei-Fachmann, der früher in Litzmannstadt eine größere Weberei besaß, ferner die Errichtung einer Ofenkachelnfabrik. Eine kürzlich durchgeführte Besichtigung zeigte den ungebrochenen Aufbauwillen dieser Unternehmer, denen die Kammer einen guten Erfolg wünscht.

In unserer Nummer 48 vom 29. November verweisen wir auf den Bau des neuen **Flughafens bei Hannover.** Nachdem jetzt in Niedersachsen ein sehr heftiger Disput über seinen Standort im Gange ist, erscheint es sehr fraglich, ob der neue Flugplatz noch zur Eröffnung der „Constructa" fertiggestellt werden kann. Ein mit der Bearbeitung der Einzelfragen vom Verkehrsverband Niedersachsen-Kassel beauftragter Studienkreis wird sich eingehend mit den bisher vorgeschlagenen Plätzen zu beschäftigen haben. Es soll dabei eine großräumige Lösung angestrebt werden, die für den mittel- und süd-niedersächsischen Raum als „optimal" angesprochen werden kann. Der neu zu schaffende Flugplatz soll unter dem Gesichtspunkt ausgewählt werden, daß neben dem Güterverkehr auch der Passagierverkehr aktiviert werden muß. Er muß daher von den Hauptzentren der niedersächsischen Wirtschaft in höchstens einer Stunde Autofahrt zu erreichen sein.

Auf der Mustermesse, die als die erste Veranstaltung der **Deutschen Industrie-Messe in Hannover** vom 28. Februar bis 4. März 1951 stattfinden soll, werden die Schmuck- und Silberwaren besonders stark vertreten sein. Die Bedeutung, die diese Branche Hannover als ihrem zentralen Messeplatz beizumessen pflegt, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß über hundert Firmen sich angemeldet haben, darunter führende Unternehmen aus Pforzheim, Schwäbisch-Gmünd und Idar-Oberstein. Neben diesen weltbekannten Zentren der Schmuck- und Silberwaren werden zahlreiche namhafte Firmen der deutschen und der Schweizer Uhrenindustrie, die zum Teil an der gleichen Käuferschicht interessiert sind, ebenfalls auf der Mustermesse vertreten sein.

Nordrhein-Westfalen

Für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung sind im Haushalt des Wirtschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen im laufenden Etatjahr insgesamt **vier Millionen DM** vorgesehen. Dieser Betrag wird teils in Form von Zuschüssen, teils als Forschungs- und Entwicklungskredite für die Industrie verwendet. Im vergangenen Jahr hatte Nordrhein-Westfalen zwei Mill. DM für Forschungszwecke ausgesetzt.

Die deutsche Waggonindustrie hat einen neuartigen Großraum-Straßenbahnwagentyp konstruiert, der zusammen mit einem Anhänger 300 Personen faßt. Die vierachsigen Wagen sollen im Frühjahr erstmalig in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens verwendet werden. Das Ausland ist zur Zeit sehr an deutschen Straßenbahnwagen interessiert, da seine heimische Industriekapazität weitgehend ausgenutzt ist.

Nach einer Veröffentlichung in der führenden holländischen Wirtschaftszeitung „Algemeen Handelsblad" haben die holländischen Aussteller auf der vergangenen **Kölner Herbstmesse Waren im Werte von 6 Mill. Gulden umgesetzt.** Die Umsätze auf der Frankfurter Herbstmesse beliefen sich auf 3,5 Mill. Gulden, die auf der Chicagoer Messe auf 3 Mill. Gulden und auf der Pariser Messe auf 1,5 Mill. Gulden.

Die **Glaswerke Ruhr-A.-G., Essen-Karnap** (Stinnes-Konzern), hat die Erzeugung von mundgeblasenem und handgeschliffenem Kristallglas neu aufgenommen, um Belegschaftsangehörige der der Ruhrglas gehörenden Kristallglaswerk GmbH., Hirschberg im Riesengeb., zu beschäftigen.

Hansestädte

Anfang Dezember wurde **Hamburgs neue Ausstellungs- und Kongreßhalle** der Öffentlichkeit übergeben. Sie erhielt den Namen des großen Sohnes der Hansestadt Ernst Freiherr von Merck. „Die ‚Ernst-Merck-Halle'" soll nach den Worten des 1. Bürgermeisters der Abhaltung von Kongressen, Ausstellungen und Messen dienen. Diesem Zweck entsprechend ist sie mit den modernsten Installationen ausgerüstet worden. Ihre Nutzfläche beträgt über 6000 qm. Durch Aufstellung von Zelthallen soll die Ausstellungsfläche auf 15 000 qm ausgedehnt werden.

Der Verband der Handelsauskunfteien e. V., der seinen Sitz in Hamburg hat und dessen Arbeitsbereich sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckt, wählte in seiner Jahreshauptversammlung am 6. 12. in Minden die Herren Karl Krage (Auskunftei W. Schimmelpfeng-Deutsche Auskunftei, vormals R. G. Dun & Co. GmbH) und Herrn Wilhelm Schäfer (Auskunftei Wys Muller & Co. GmbH) zum ersten bzw. stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Leonar-Werke Aktiengesellschaft, Fabrik für fotografische Papiere, in **Hamburg-Wandsbek,** schlägt der HV am 30. 12. 50 vor, das Grundkapital 1:1 auf 0,5 Mill. DM umzustellen bei Bildung der gesetzlichen Rücklage mit ebenfalls unverändert 0,1 Mill. DM und einer freien Rücklage von 0,25 Mill. DM. Für das verlängerte erste DM-Geschäftsjahr per 31. 12. 49 wird ein kleiner Verlust von 0,03 Mill. DM ausgewiesen, der vorgetragen werden soll. Das Geschäft im laufenden Jahr wird zuversichtlich beurteilt. In der Bilanz per 31. 12. 49 steht das Anlagevermögen mit 0,34 (21. 6. 48: 0,22), das Umlaufsvermögen mit 0,58 (0,55), Vorräte leicht ermäßigt auf 0,46 (0,54), Verbindlichkeiten etwas höher mit 0,04 (0,02).

Die C. H. F. Müller AG, Röntgentechnik, Hamburg, stellt das Grundkapital im Verhältnis 1:1 auf 5,5 Mill. DM um, bei Bildung der gesetzlichen Rücklage mit 0,55 Mill. DM. Das in Besitz des Philips-Konzerns befindliche Unternehmen hat einen starken Aufschwung, insbesondere im Exportgeschäft genommen. Mehr als 900 Personen werden beschäftigt. Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus: Dr. R. Brinckmann (Vorsitzender), Dr. B. Petersen, Dr. E. Framhein, Dipl.-Kaufmann A. Giberius, alle Hamburg, und J. J. Jorksfeld, Eindhoven/Holland.

Neue Zuckerfabrik in Unterfranken geplant

Die Zuckerrübenernte in diesem Jahr war sehr groß. Man kann ruhig von einer Rekordernte sprechen. In Süddeutschland konnte diese große Menge nicht ganz in den Zuckerfabriken verarbeitet werden. Die Gesamternte betrug etwa 16 Mill. dz, wovon die Zuckerfabriken Süddeutschlands in einer auf 106 Tage verlängerten Kampagne nur 13,5 dz verarbeiten können. Von den verbleibenden 2,5 Mill. dz Rüben wurden 1,5 Mill. dz nach Österreich gefahren und 1 Mill. dz in nordwestdeutschen Zuckerfabriken verarbeitet. Österreich liefert 78% der Zuckerausbeute nach Westdeutschland zurück und behält 22% der Ausbeute als Werklohn, ebenso die anfallenden Schnitzel und Melasse.

Wenn man die Rüben länger als bis Anfang Januar lagert, dann geht sehr viel Zucker verloren, besonders bei Frost, wo die Rüben gefrieren und später faulen. Der Zuckerrübenanbau ist in Deutschland aus zwei Gründen wichtig und sollte aus diesen beiden Gründen erhöht werden: Bei einem Bedarf an Zucker in Deutschland in Höhe von etwa 1,4 Mill. t besteht heute noch, auch bei der großen Ernte 1950, ein Fehlbedarf von mindestens 300 000 t Zucker. Zweitens bedeutet für den Bauern der Zuckerrübenanbau eine wirtschaftliche Ausnutzung des Bodens und zusätzliche Futterquelle. Darum haben auch die Bauern ein großes Interesse daran, den Rübenanbau auszuweiten.

Da nun, wie wir gesehen haben, die Kapazität der süddeutschen Zuckerfabriken nicht ausreicht, um die steigenden Rübenmengen zu verarbeiten, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder schränkt man den Rübenanbau ein, was weder der Gesamtwirtschaft noch der Landwirtschaft dienlich wäre, oder man baut eine neue leistungsfähige Zuckerfabrik. Die Pläne, eine solche neue Zuckerfabrik in Unterfranken (in der Nähe von Ochsenfurt, wo ein Rübenanbau von 6000 ha besteht) zu errichten, stehen vor dem Abschluß. Die Kosten dieser Fabrik werden sich auf etwa 23 Mill. DM belaufen. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, einen verlorenen Zuschuß von 5 Mill. DM zu geben, weitere 5 Mill. werden durch einen langfristigen Kredit zu niedrigem Zinssatz ebenfalls von der Bundesregierung aufgebracht. Die restlichen 13 Mill. DM sollen zur Hälfte von den großen süddeutschen landwirtschaftlichen Organisationen der Südzucker-AG. und zur anderen Hälfte von den Zuckerrübenpflanzern selbst aufgebracht werden. Um diese ca. 6 Mill. aufzubringen, werden jetzt die Rübenpflanzer gefragt, ob sie sich in den Jahren 1950, 1951 und 1952 jeweils 20 Pfg. je dz abgelieferter Rüben abziehen lassen wollen. Dies würde insgesamt etwa 9 Mill. DM ergeben, die als **Darlehen** der Rübenpflanzer und nicht als verlorener Zuschuß verbucht werden. Später wird dann einmal dieses Darlehen in Aktien oder Anteilscheine umgetauscht, wenn die neue Fabrik nach ihrer Errichtung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt ist. Dann wird die Landwirtschaft 51% und die Südd. Zucker 49% des Aktienkapitals erhalten. Das Geld, das jetzt den Rübenpflanzern abgezogen wird, bleibt ihnen also erhalten und wird zu einer Beteiligung an der neuen Fabrik.

Die Rübenpflanzer des Jahres 1950 haben in den letzten Tagen einen Bereiterklärungsschein erhalten, auf dem sie mit ihrer Unterschrift bestätigen, daß sie freiwillig bereit sind, diesen Satz von 20 Pfg. je dz in den 3 Jahren zu bezahlen. Die bisherigen Ergebnisse sind sehr gut. Die Fabrik wird so schnell wie möglich errichtet werden, so daß sie bereits für die Kampagne 1952 zur Verfügung steht. Das Vorhaben wird in enger, vernünftiger Zusammenarbeit mit der Süddeutschen Zucker-AG. durchgeführt.

Die im unterfränkischen Anbaugebiet auf einer Fläche von 6000 ha = rund 2,3 Mill. dz geernteten Rüben mußten all die Jahre in den Zuckerfabriken Groß-Gerau, Heilbronn, Waghäusel und Züttlingen verarbeitet werden und belasteten die Kapazität dieser Fabriken. Wenn jetzt in Unterfranken eine eigene Fabrik für die dort wachsenden Rüben errichtet wird, dann besteht für die anderen süddeutschen Rübengebiete die Möglichkeit, größere Rübenernten als 1950 in den erwähnten Fabriken verarbeiten zu lassen. Es ist darum auch anzunehmen, daß die Rübenpflanzer diesen Plan begrüßen werden und alle den Bereiterklärungsschein unterschreiben. Bis heute haben rd. 70% aller süddeutschen Rübenpflanzer die gewünschte Erklärung unterschrieben. Ein sehr guter Beweis für die vernünftige und weitsichtige Einstellung unserer rübenanbauenden Landwirte.

Die billigste Kleingutsendung

ist das

POSTGUT

Gewicht (Höchstgewicht 7 kg)	1. Zone bis 75 km	2. Zone 75 bis 150 km	3. Zone 150 bis 375 km	4. Zone 375 bis 750 km	5. Zone über 750 km
bis 5 kg	40 (50)	50 (60)	70 (90)	80 (90)	90 (90)
über 5 bis 6 kg	50 (60)	60 (80)	80 (120)	90 (130)	100 (140)
über 6 bis 7 kg	60 (70)	70 (100)	90 (150)	100 (170)	110 (190)

(In den Klammern sind die Gebühren für Postpakete angegeben.)

Die Kohlenförderung der UdSSR

Bei der diesjährigen Jahresfeier der sowjetischen Oktober-Revolution hat Marschall Bulganin auf die starke Steigerung der Kohlenförderung in der Sowjetunion hingewiesen. Untersucht man die Kohlenförderung in der Sowjetunion unter Heranziehung der sowjetamtlichen statistischen Angaben, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die sowjetische Kohlenförderung noch hinter der allgemeinen industriellen Entwicklung zurückbleibt. Es besteht eine Diskrepanz zwischen der Bruttoerzeugung der Sowjet-Industrie und der Kohlenförderung. Unter normalen Verhältnissen müßte die Kohlenförderung der allgemeinen industriellen Entwicklung vorauseilen, weil sonst zwangsläufig andere Schlüsselindustrien, die metallurgische insbesondere, unter dem Kohlenmangel leiden müßten.

Disproportion zwischen der Bruttoproduktion der Sowjetindustrie und der Roheisenerzeugung und Kohlenförderung der UdSSR

	1947	48	49	1950: Quartal I.	II.	III.
% Steigerung der Bruttoproduktion	22	27	20	22	21	24
% Steigerung der Roheisenerzeug.	14	22	19	14	22	18
% Steigerung der Kohlenförderung	12	14	13	12	13	11
	(1946=100)	(1947=100)	(1948=100)	(1949=100)		

Die Zahlen zeigen, daß die Kohlenförderung nicht im gleichen Tempo wie die Bruttoproduktion der Sowjetindustrie gestiegen ist. Ebenso hat mit Ausnahme des zweiten Quartals des laufenden Jahres die Roheisenerzeugung in der Sowjetunion nicht das gleiche Tempo wie die gesamtindustrielle Entwicklung einhalten können. Damit belegen selbst die sowjetamtlichen Zahlen, die noch immer bestehende Kohlenknappheit in der Sowjetunion, die sich zwangsläufig ungünstig auch auf die Roheisen- und Stahlerzeugung auswirken muß.

Trotz des Reichtums an Kohlevorkommen ist die Sowjetunion in Anbetracht ihrer gewaltigen Ausdehnung, verglichen mit Deutschland und England, ein relativ kohlenarmes Land. Nach sowjetischen Schätzungen verfügt die Sowjetunion über rund 21 Prozent der Weltkohlenvorräte. Selbst wenn die neu entdeckten Kohlenvorkommen in Nord-, Mittel- und Ostsibirien die Kohlenreserven der Sowjetunion noch erhöht haben sollten, bleibt doch immer, daß die Kohle meist über große Entfernungen transportiert werden muß. Die im Zuge der Stalinschen Fünfjahrespläne erfolgte Industrialisierung hat die durchschnittlichen Transportwege der Kohle eher noch verlängert (nach sowjetischen Angaben von 485 km im Jahre 1913 auf 709 km im Jahre 1937). Daher ist die sowjetische Staatsführung bemüht, durch Erschließung neuer Kohlenvorkommen, die Transportwege der Kohle zu den Verbrauchergebieten zu verkürzen. Auch der Bau von Großkraftwerken auf der Grundlage von Kohle, Braunkohle und Torf sowie an den Strömen und Flüssen der Sowjetunion dient dem gleichen Zweck.

1913: 29 Mill. t — 1950: 250 Mill. t

Zur Kohlenförderung in der Sowjet-Union ist zu bemerken, daß sie von 29,1 Mill. t im Jahre 1913 auf 122 Mill. t im Jahre 1937 und voraussichtlich auf 250 Mill. t in diesem Jahre gestiegen ist. Bei Beginn des dritten Fünfjahresplanes wurden von sowjetischer Seite die eigenen Kohlenvorräte auf rund 1650 Milliarden Tonnen geschätzt. Damit stand die Sowjet-Union in der Weltförderliste erstmals an zweiter Stelle hinter den Ver. Staaten. Die inzwischen neu entdeckten sibirischen Vorkommen sind hierin nicht einbezogen. Von den sowjetischen Kohlenvorkommen entfallen rund 87 Prozent auf Steinkohle und etwa 13 Prozent auf Braunkohle. Entscheidend für das Wirtschafts-Potential sind jedoch nicht die Vorkommen, sondern die tatsächliche Förderung. Nur durch Einsatz von Bergbaumaschinen und durchgreifende Mechanisierung der Kohlengruben ist es der Sowjetunion gelungen, das mit großer Energie angestrebte Plansoll von 250 Mill. t zu erreichen. Es gelang die schweren Kriegsschäden des Donezbeckens zu beseitigen, das heute mit etwa 80 bis 90 Mill. t jährlich wieder an der Spitze der sowjetischen Kohlenförderung steht. An zweiter Stelle steht das sibirische Kusnezk-Becken, dessen Jahresproduktion von Sachverständigen auf annähernd 70 Mill. t geschätzt wird. An dritter Stelle folgt das Kohlenvorkommen des mittelasiatischen Karaganda mit schätzungsweise 30 Mill. t. In die übrige Förderung teilen sich die Kohlenvorkommen des Urals, Moskaus, Mittel- und Ostsibiriens. Unter den Ural-Vorkommen verdient besondere Beachtung das Workuta-Kohlengebiet in der Arktis, hart westlich der nördlichen Ausläufer des Urals. Es wurde erst vor wenigen Jahren durch die Workutabahn erschlossen, die heute bis zur Karasee vorstößt.

Aus zahlreichen Meldungen der Sowjetpresse geht eindeutig hervor, daß die Kohlenversorgung auch heute noch trotz der potentiellen Möglichkeiten und der bereits erreichten Produktionssteigerung einen Engpaß der Sowjetwirtschaft bildet. Auch die kürzlich erfolgte Zusammenfassung aller an der Entwicklung des sowjetischen Kohlenbergbaus beteiligten staatlichen Stellen in einem einzigen Sowjet-Kohlenministerium ist eine indirekte Bestätigung der Kohlenknappheit und soll der Steigerung der Kohlenförderung dienen. Nach der Sowjet-Presse hofft man, durch die technische Neuausrüstung des gesamten Kohlenbergbaus und eine durchgreifende Mechanisierung der Arbeitsvorgänge den wachsenden Ansprüchen der fortschreitenden Industrialisierung gerecht zu werden. Die Mechanisierung des Kohlenbergbaus erfordert allerdings eine Menge geschulte Fachkräfte, besonders Bergingenieure und Bergtechniker. Sie stehen heute — nach dem Zeugnis sowjetischer Blätter — noch nicht ausreichend zur Verfügung. Durch Errichtung von Bergakademien und Bergarbeiterschulen soll der Nachwuchs in beschleunigtem Tempo herangebildet werden. Durch Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen des sowjetischen Arbeiters und günstiger Gestaltung der Bergarbeiter-Löhne, besonders durch die Bewilligung von Prämien, darunter auch Eigenheime, will man den Bergarbeitermangel und das oft gerügte Fluktuieren des Bergarbeiter-Bestandes beseitigen.

Schätzungen der russischen Stahlerzeugung

Nach neuen Schätzungen dürfte die Rohstahlgewinnung in der UdSSR in diesem Jahre 30 Mill. t erreichen. Damit würde das Plansoll von 19,5 Mill. t um 0,5 Mill. t überschritten werden. Dagegen wird vermutlich bedingt durch die Kohlenknappheit, die Stahlproduktion nicht das angestrebte Ziel von 25,4 Mill. t erreichen, sondern voraussichtlich nur 24,9 Millionen t betragen. Die sowjetische Stahlgewinnung betrug 1940 rund 18,4 Mill. t, hat also in dem Jahrzehnt von 1940 bis 1950 nur um rund 7 Mill. t zugenommen. Durch den verstärkten Wiederaufbau besonders der in der Ukraine zerstörten Eisen- und Stahlwerke und die Ausweitung der Eisen- und Stahlindustrie des Urals und Sibiriens hofft man bis 1960 die Stahlgewinnung auf 60 Mill. t zu erhöhen.

Die rumänischen „Sovroms"

Zur Beherrschung der Wirtschaft der osteuropäischen Satelliten-Staaten hat der Kreml das Instrument der gemischten, von der Sowjetunion kontrollierten Gesellschaften entwickelt. Da die leitenden Posten dieser Gesellschaften von Moskau aus besetzt werden und diese Leute auch den sowjetischen Stellen verantwortlich sind, ist der Einfluß des anderen Vertragspartners entsprechend gering. Besonders stark hat sich das System der sowjetisch kontrollierten gemischten Gesellschaften in Rumänien entwickelt. Hier beherrscht der Kreml weite Teile der rumänischen Wirtschaft mit Hilfe von nicht weniger als 13 gemischten Gesellschaften. Für die rumänische Erdölindustrie wurde die „Sovrompetrol" geschaffen. Diese Gesellschaft erhielt ausgedehnte Schürfrechte. Sie hat das Recht, alle in Zukunft erschlossenen rumänischen Erdölfelder auszubeuten, falls sie für die Felder optiert. Dadurch ist die „Sovrompetrol" allen anderen rumänischen Erdölbetrieben überlegen. Ihre Ausbeute wird fast ausschließlich von der Sowjetunion in Anspruch genommen. Obgleich die Produktion der „Sovrompetrol" noch nicht ein Drittel der rumänischen Erdölförderung beträgt, ist sie in der Lage, durch ihre privilegierte Stellung einen beherrschenden Einfluß auszuüben. Von den Rumänien im Friedensvertrag auferlegten Erdöl-Reparationslieferungen ist die „Sovrompetrol" befreit. Sie kann daher erhebliche Gewinne buchen, die überwiegend natürlich der Sowjetunion zugute kommen. Die technische Ausrüstung der Betriebe der „Sovrompetrol" erfolgt in der Hauptsache durch Lieferungen der sowjetischen Industrie.

Außer der „Sovrompetrol" wurde für die Fluß- u. Seeschiffahrt die „Sovromtransport", für den zivilen Luftverkehr die „Tars", für die chemische Industrie die „Sovromchim", für die an sich unbedeutende Kohlenindustrie die Sovromcarbune", für die metallurgische Industrie die „Sovrommetall" errichtet. Für das Bank- und Versicherungswesen ist eine besondere „Sovrombank" ins Leben gerufen worden. Die gemischten Gesellschaften genießen steuerliche Bevorzugung. Auch sonst sind die Gesellschaften in allem privilegiert. So ist beispielsweise allen Schiffahrtsbetrieben mit Ausnahme der „Sovromtransport" nicht gestattet, die von der zuletzt genannten Gesellschaft kontrollierten Anlagen zu benutzen. Dadurch können die anderen Schiffahrtsgesellschaften praktisch gar nicht arbeiten. Den gemischten Gesellschaften sind Mindestertäge zugesichert. Falls sie nicht erzielt werden, haftet der rumänische Partner für den Ausfall.

Britische Rohstoffsorgen

Unerträgliche Auswirkungen der amerikanischen Hortungen

Auf der Pariser Rohstoffkonferenz der 18 OEEC-Länder erklärte der Marshallplan-Administrator William C. Foster, den anwesenden Finanzministern der ECA-Länder, daß die Vereinigten Staaten eine Zusammenarbeit mit Westeuropa über eine zweckmäßige Verteilung der Rohstoffe begrüßen würden.

In diesem Zusammenhang verlautet aus London, daß sich der britische Ministerpräsident Clement Attlee bei seinen Besprechungen mit Präsident Truman auch über die Käufe für die nordamerikanische strategische Reserve in Zink, Baumwolle, Schwefel, Aluminium und anderen Roh- und Grundstoffen unterhalten habe.

Ein Sprecher der britischen Regierung brachte in Verbindung mit dieser Angelegenheit zum Ausdruck, daß man sich über den Umfang der nordamerikanischen strategischen Käufe schon seit geraumer Zeit große Sorgen mache. Führende Persönlichkeiten der britischen Industrie hätten darauf hingewiesen, daß die Durchführung der britischen Fertigungspläne, insbesondere im Hinblick auf die Wiederaufrüstung, durch die nordamerikanische Hortungstätigkeit, vornehmlich in Metallen, gefährdet sei. Ein besonders schwieriger Punkt sei die Versorgung mit Zink, das sowohl für das Verteidigungsprogramm als auch für den Maschinenbau außerordentlich wichtig ist. Es werde angenommen, so fuhr der Sprecher fort, daß die nordamerikanische strategische Reserve von Zink bereits eine Höhe von 500 000 tons erreicht habe, zu der noch monatlich 20 000 tons hinzukommen. Großbritannien hingegen sei nicht einmal in der Lage, monatlich 23 000 tons Zink zu beschaffen, die es brauche, wenn es die Vollbeschäftigung in der zinkverarbeitenden Industrie aufrechterhalten wolle. Unter diesen Umständen werde sich also eine neue Verbrauchsbeschränkung bei Zink in Großbritannien kaum vermeiden lassen.

Weiter wird in London darauf hingewiesen, daß Großbritannien bereits in Washington wegen der letzten Quotenverteilung für die nordamerikanischen Baumwollausfuhren protestiert habe. Bei dieser Zuteilung habe Großbritannien lediglich 5000 Ballen für die Zeit vom 1. August 1950 bis 31. März 1951 zugeteilt erhalten. Japan dagegen seien 142 000 Ballen, Italien 194 000 Ballen und Frankreich 110 000 Ballen zugeteilt worden. Eine weitere Zuteilung stehe für den 1. Januar 1951 in Aussicht — dabei handelt es sich um 600 000 Ballen Restquote der ursprünglichen 1,35 Mill. Ballen Zusatzquote —, und es sei anzunehmen, daß der britische Ministerpräsident persönlich die britischen Forderungen auf eine größere Berücksichtigung der britischen Wünsche aus diesen 600 000 Ballen schon jetzt anmelden werde.

Bei Schwefel, das als Grundstoff für Schwefelsäure einer der meist verwendeten industriellen Rohstoffe ist, haben die Vereinigten Staaten nach Ansicht Londoner Fachkreise praktisch ein Monopol. Trotzdem trage man sich in den USA mit sehr ernst zu nehmenden Plänen, die Ausfuhr von Schwefel scharf zu kürzen.

Auch bei Aluminium müssen die nordamerikanischen Hortungsabsichten — in den nächsten fünf Jahren soll die strategische Reserve auf 700 000 tons gebracht werden, das entspricht einer Jahresproduktion — zu sehr ernsten Verknappungserscheinungen führen. Es heißt, daß sich Frankreich mit Großbritannien dahingehend geeinigt habe, in den USA wegen der „unerträglichen" Auswirkungen der strategischen Käufe auf die Versorgung der übrigen Welt mit Rohstoffen vorstellig zu werden.

Warenaustausch Österreich-USA gestiegen

73 Millionen Schilling Exportüberschuß

Der Warenaustausch Österreichs mit Gesamt-Amerika hat in diesem Jahr eine sehr kräftige Belebung erfahren. Die Bilanz, die im Vorjahr noch einen Einfuhrüberschuß im Gesamtwert von rund 217 Mill. Schilling auswies, hat in den ersten drei Quartalen 1950 einen Ausfuhrüberschuß von rund 74 Mill. Schilling gebracht. Im Jahre 1949 exportierte Österreich bei einer Gesamtausfuhr von 3,23 Mrd. Schilling Waren für 191,85 Mill. Schilling nach 22 amerikanischen Ländern, und bezog von dort bei einer kommerziellen Gesamteinfuhr (ohne ERP-Güter) von 4,48 Mrd. Schilling Waren für 406,48 Mill. Schilling. Der Einfuhrüberschuß aus dem österreichisch-gesamtamerikan. Warenaustausch betrug wertmäßig 214,63 Mill. Schilling (ohne ERP-Güter). In den ersten drei Quartalen 1950 lieferte Österreich bei einer Gesamtausfuhr von 4,31 Mrd. Schilling Waren für 485,08 Mill. Schilling nach den Ländern des amerikanischen Kontinents und bezog von dort Waren für 411,31 Mill. Schilling. Der österreichische Export nach Amerika war also schon in neun Monaten um weit mehr als das Doppelte des gesamten Amerika-Exportes von 1949 angestiegen, während die Importe von dort die Amerika-Importe von 1949 knapp überstiegen. Die Bilanz zeigt einen Exportüberschuß Österreichs im Werte von rund 73,77 Mill. Schilling. Der österreichische Warenaustausch mit den wichtigsten Ländern Amerikas zeigt 1949 und 1950 das folgende Bild: (Wertangaben in Millionen Schilling)

	Ausfuhr 1949 (ganzj.)	Ausfuhr 1950 (Jan.-Sept.)	Einfuhr 1949 (ganzj.)	Einfuhr 1950 (Jan.-Sept.)
Ges. Amerika	191,85	485,08	406,48	411,31
davon:				
USA	96,34	345,34	350,72	356,54
Kanada	3,21	10,61	7,85	1,98
Mexiko	1,72	11,40	3,68	7,65
Argentinien	26,81	22,81	18,57	22,16
Brasilien	22,41	54,83	67,12	26,21
Chile	2,37	3,52	6,37	3,31
Columbien	5,61	40,45	2,86	1,63
Uruguay	0,30	2,57	4,56	3,54
Venezuela	1,06	3,21	0,36	0,096
Peru	0,10	2,88	0,49	—
Bolivien	0,13	2,75	—	0,68
Dom. Rep.	7,81	0,98	1,18	0,76
Cuba	17,26	4,88	43,60	50,31

Besonders auffällig ist der starke Anstieg des Österreich-Exportes nach den USA, Argentinien, Brasilien, Columbien, Uruguay und Mexiko.

Rohstoffmangel gefährdet Industrie

Die österreichische Industrie steckt im Zeichen der Weltkonjunktur in einem schweren Dilemma: auf der einen Seite häufen sich die In- und Auslandsaufträge, auf der anderen Seite werden die benötigten ausländischen Rohstoffe, Hilfsstoffe usw. immer teurer und knapper. Weihnachtsgeschäft und Auslandsaufträge haben in den meisten Branchen ein starkes Ansteigen der Produktion herbeigeführt, stellt der Industriebericht der österreichischen Bundeswirtschaftskammer für Oktober fest. Aber der Rohstoffmangel bedroht bereits ernsthaft verschiedene wichtige Zweige. So fehlen einzelne Legierungsmetalle und es besteht eine große Gefahr, daß die Erzeugung von Molybdänstählen und nickellegierten Stählen eingestellt werden muß. Ebenso mangelt es an Kupfer und Zink, die nur auf dem grauen Markt zu Überpreisen erhältlich sind. Die Kohlenproduktion Österreichs erreichte im Okt. 1950 mit 412 000 t die höchste Förderleistung in der Geschichte des österreichischen Kohlenbergbaus, wobei sich die Inbetriebnahme neuer Braunkohlenbergbaue bereits auszuwirken begann. Die Produktion der Hüttenwerke ist weiterhin wesentlich gestiegen, trotzdem durch die kommunistischen Streikunruhen zu Beginn des Oktober ein Produktionsausfall von etwa 13 000 t Eisen und Stahl zu verzeichnen gewesen ist. Die derzeitige hohe Produktion werde aber in Frage gestellt, wenn es nicht gelingen sollte, die schlechte Versorgung der Werke mit Legierungsmetallen zu verbessern. Auch die eisen- und metallverarbeitende Industrie leide unter den stark gestiegenen Rohstoffpreisen und Beschaffungsschwierigkeiten, so daß die stark gestiegene Nachfrage — vor allem nach Aluminium-Blechwaren, Beleuchtungs-Körpern, Emailliegeschirr, Küchengerät, Kesseln, Öfen, Photoapparaten, mechan. Spielwaren, Schrauben, Nieten usw. nur schwer befriedigt werden könne. Auch die Elektroindustrie ist allgemein gut beschäftigt, die Glühlampenerzeugung weist eine Überbeschäftigung, die Telephonindustrie eine Unterbeschäftigung auf. Die Glasindustrie konnte ihren Absatz abermals steigern, wobei die Hohlglasindustrie steigenden Absatz, die Flachglasindustrie nachlassende Nachfrage zu verzeichnen hat.

Gegen Clearingvertragssystem

Der Industrie-Konjunkturbericht der österreichischen Wirtschaftskammer richtet heftige Angriffe gegen das System des restlosen Clearings, das keine Kompensations- und Koppelungsgeschäfte mehr zuläßt und das die Versorgung der österreichischen Industrie mit wichtigen Rohstoffen stark gefährde. Bisher konnte durch die Initiative privater Unternehmer ein großer Teil der Rohstoffe auf dem Kompensationswege beschafft werden.

Aktuelle Rohstoff-Notizen

Die stark steigende Tendenz am Londoner Wolframmarkt hält an. Für Wolframkonzentrate, Standard-Qualität von mindestens 65% Wo notierten die Händler 325 bis 345 sh je Einheit cif, gegenüber bisher 315 bis 325 sh. Weitere Preissteigerungen werden für möglich gehalten.

•

Der New Yorker NE-Metallmarkt zeigte am 11. Dezember eine unverändert feste Tendenz, während die Entwicklung der Preise am „grauen Markt" uneinheitlich war. Kupfer notierte am „grauen" Markt 33 bis 40 cts je lb und Zink, Prime Western, 25 bis 30 cts je lb.

•

Pläne zur Monopolisierung der Kautschuk-Einfuhr werden gegenwärtig von der Verwaltung der Allgemeinen Dienste der Vereinigten Staaten ausgearbeitet. Nach den Plänen sollen die fünf größten nordamerikanischen Betriebe der Kautschukindustrie und die Vereinigung des Kautschukhandels allen nach den USA eingeführten Rohkautschuk als Agenten der US-Regierung kaufen und verteilen, verlautet aus Washington.

•

Die Singapurer Kautschukbörse mußte am 12. Dezember wegen der Unruhen in Singapur im Zusammenhang mit dem „Dschungel-Mädchen" Bertha Hertogh vorübergehend geschlossen werden. Die Kautschukbörse war während des ganzen Tages sehr ruhig.

•

Westdeutschland steht bei der Rohwollausfuhr der Südafrikanischen Union und Südwestafrikas an dritter Stelle. In der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. November wurden nach der Bundesrepublik insgesamt 30 013 Ballen Rohwolle in Schweiß verschifft. Die Gesamtausfuhr der Südafrikanischen Union und Südwestafrikas an Rohwolle betrug in der Berichtszeit 276 015 Ballen.

•

Die Vereinigten Staaten kauften an der Wollversteigerung in Brisbane vom 12. Dezember besonders stark. In Fachkreisen wird festgestellt, daß die Käufe für nordamerikanische Rechnung einen Umfang erreichten, wie seit Monaten nicht.

•

Das Interesse des Auslandes an pakistanischer Baumwolle ist in letzter Zeit stark zurückgegangen. Das geringe Interesse ist auf das willkürliche Vorgehen der Regierung von Pakistan zurückzuführen, die die Ausfuhrzölle für Baumwolle rückwirkend so stark erhöht hat, daß man von Strafzöllen sprechen kann.

•

Am freien Markt in Hongkong ist in den letzten Tagen ein sensationeller Preissturz für Gold festzustellen. Am 5. Dezember wurde Gold am freien Markt mit 317½ Hongkong-Dollar je Tael (ein Tael = 1,3 Feinunzen) bewertet. Der Preis fiel am 9. Dezember auf 311 Hongkong-Dollar und am 11. Dezember auf 304½ Hongkong-Dollar. Der Preissturz ist dem Vernehmen nach darauf zurückzuführen, daß unter den chinesischen Spekulanten, zu denen auch die Agenten der Pekinger Regierung zu zählen sind, das Vertrauen gewachsen ist, daß ein neuer Weltkrieg vermieden werden könnte.

•

Das Problem der Regierungskäufe und der Verteilung von Naturkautschuk für die Regierungsorgane der Vereinigten Staaten wird am 13. Dezember von den zuständigen Stellen in Washington erörtert. Der Terminmarkt der New Yorker Kautschukbörse vom 12. Dezember wies daher bei kleinen Umsätzen eine uneinheitliche Preisentwicklung auf.

•

Die nordamerikanische Kautschukindustrie hat sich mit den neuen Verbrauchsbeschränkungen für Naturkautschuk abgefunden. Die Verbrauchsbeschränkungen waren von der Nationalen Produktionsbehörde (NPA) der USA am 11. Dezember bekanntgegeben worden. Aus Fachkreisen verlautet, daß sich die Verbrauchsbeschränkungen für Naturkautschuk im Januar und Februar 1951 wahrscheinlich weder auf die Gesamterzeugung der Kautschukindustrie noch auf ihre Beschäftigung auswirken werden, vorausgesetzt, daß die Produktion von Synthesekautschuk in ausreichendem Maße gesteigert wird.

•

Die Nationale Produktionsbehörde (NPA) der USA werde wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen die Industrie auffordern, bei der Herstellung von verschiedenen Erzeugnissen knappe Roh- und Grundstoffe durch solche zu ersetzen, die in ausreichenden Mengen vorhanden sind, wurde am New Yorker NE-Metallmarkt vom 12. Dezember erklärt.

•

Metalle aus der nordamerikanischen strategischen Reserve werden wahrscheinlich den verbündeten Nationen der Vereinigten Staaten nicht zur Verfügung gestellt werden können, verlautet nach Presseberichten in New York. Von britischer Seite war eine diesbezügliche Anfrage an die US-Regierung gerichtet worden. Die nordamerikanische Ablehnung wird damit begründet, daß der US-Kongreß einen Rückgriff auf die strategische Reserve nur im Falle eines Weltkrieges oder im Falle eines „nationalen Notstandes" gestattet hat. Es verlautet, daß die strategische Reserve erst die Hälfte des Umfanges erreicht habe, der als Reservebestand für einen Krieg von 5 Jahren Dauer als unerläßlich angesehen wird.

•

Die Verwendung von Zinn für die Herstellung von Dosen jeder Art zur Konservierung und Aufbewahrung von Lebensmitteln, Getränken, Ölen und anderen Erzeugnissen in den Vereinigten Staaten soll eingeschränkt werden, verlautet aus Kreisen der Nationalen Produktionsbehörde (NPA). Die Verbrauchsbeschränkung soll 25% betragen.

•

Die Besprechungen der OEEC in Washington über eine Form der internationalen Zuteilung von knappen Rohstoffen werden wahrscheinlich noch bis zum 20. Dezember andauern. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen ist bisher nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

•

Mit einer Behinderung der sowjetischen Wollkäufe in Australien ist nicht zu rechnen. Wie zuverlässig verlautet, sei es unwahrscheinlich, daß die australische Regierung Maßnahmen zur Beschränkung der Wollverkäufe an die UdSSR ergreifen werde.

Deutsche Börsen

Frankfurt	17.11.50	24.11.50	1.12.50	11.12.50
AEG	36¾	36¾	34½	36½
Brown, Boveri	110	110	108	107
Buderus	73½	73	67½	67
Chem. Albert	66	68½	63	65
Degussa	75	71½	66½	69
Deutsche Erdöl	54	54½	56½	56½
El. Licht u. Kraft	38	39½	—	38
Frankf. Masch.	66	66	66	66
Heidelb. Zement	102	102	96	—
Holzmann	27½	28	26½	27½
Kupferberg	46½	47½	—	41½
Lahmeyer	65	65	65	65
Lanz	58	51½	47	50½
Linde's Eis	95½	95	91	96½
Metallges.	63	63½	61	64½
Rheinmetall	28½	26½	25½	24
Schöfferhof	50	49	47½	47½
Siemens & Halske	43	43½	40	46½
Voigt & Haeffner	125	125	125	125
Wayss & Freytag	116	116	116	116
Zellst. Waldhof	52	55½	49	48
Commerz-Bank	26½	26½	25	—
Deutsche Bank	28½	28½	26	—
Dresdner Bank	28	27½	25½	28
4% Frft. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bank	7½	7¾	7¾	7½
4% Degussa	8	8	—	7½

Hamburg	17.11.50	24.11.50	1.12.50	11.12.50
Accum.	90	89	85	84
Bekula	25	25	24	22—24
Bremer Wolle	167	162	95	93
Demag	83	83	81	79
Desthimag	48	48	48	—
Dynamit Nobel	35	39½	36	38
Feldmühle	78	78	78	78—80
HEW	63½	63½	59	60
Hamb. Hochb.	44	44	43½	41—43
Hamb. Hyp. Bk.	17½	14½	15½	—
Hanse Mühle	26½	26½	26½	25—28
Harburg. Gummi	131	122	118	119
Hoffmann Stärke	161	161	95	160
Ilse St. A.	18	18	18	17
Ilse Genuß	10½	14½	9½	10½
Karstadt	75	79½	75	75
Phrix Inh. A.	42	41	38	42
Rütgers	38	36	35	35
Schering	38½	39	38½	37
Hapag	35	38	39¾	—
Nordd. Lloyd	39½	38½	31	32
4% Hbg. Hyp.	7¾	7¾	7½	7
4% Hbg. El. W.	7	7	6½	6½

Düsseldorf	17.11.50	24.11.50	1.12.50	11.12.50
Alexanderwerk	74	74	—	—
Baldke Masch.	88	80	80	80
Basalt AG.	38	38	38	37

	17.11.50	24.11.50	1.12.50	11.12.50
Dortm. A.-Bräu	97	89½	—	—
Felten & G.	68	68½	66	66
Ford	87½	89½	—	—
Gerresh. Glas	99½	98	98	99
Goldschmidt	59	—	—	—
G.H.H.	64	63½	60½	57—61
Harpen	68	74	68	—
Hoesch	58½	60	54	54
Kabel Rheydt	63	61	60	60
Klöckner	68	68½	65	65
Mannesmann St.	57½	56	53½	55½
Mülh. Berg	68	67	—	63
Rheinbraun	93½	90	90	91½
Rhein. Kunstseide	63	63	60	59—63
Rhein. Zellwolle	68	61	55	55—58½
Rheinstahl	58	52	51	52½
RWE	73½	72	68	71
Verein. Stahlwerke	53	52½	50	49½
Westwaggon	62	54	50	53
Westd. Kaufhof	78	73½	74	75
Rhein. Westf. Boden	38	38	36	38
4% Rh. W. Bd.	7½	7½	7½	7½
4% Gelsenberg	7½	7½	7½	8
5% Klöckner	7½	7½	7½	7

München	17.11.50	24.11.50	1.12.50	11.12.50
Amperwerke	87	88	86½	85½
Augsb.-Nbg. Masch.	87	86	85	86
BMW	32½	33½	31½	31½
Dismalt AG.	119	134	130	130
Dierig	87	87	81	82½
Hackerbräu	75	80	75	79½
Hanfw. Füssen	135	146	146	143
Hutschenreuter	70	75	—	69
Krauß Maffei	87	85	79	78
Lech El.	86	88½	84	86
Löwenbräu	69½	60	58	58
Mech. Baumw. Sp.	137	127	137	128
Rathgeber	94	94	94	94
Rosenthal	98	102	—	93
Spinn. u. Web. Kott.	142	133	155	157
Südd. Zucker	100½	—	96½	103
Tucherbräu	45	45	42	45½
Würzb. Hofbräu	41	42½	40	40
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	37	37	38	36
Südd. Boden	38	38	38	38
Allianz Leben	45	46	44	42
Allianz Vers.	72	72	70	73
4% Bayer. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Augsb. Nbg.	7	6¾	6¾	6¾

Stuttgart	17.11.50	24.11.50	1.12.50	11.12.50
Brauerei Wulle	63	63	60	58
Daimler	58	59½	53	56
Junghans	62	60	60	58
Knorr	68	68	67	62
Salamander	78½	78½	—	—
Württ. Bank	37	37	37	37

Kein kalter Omnibus und Anhänger mehr! wenn Sie sich das autarke, transportable SCHWINGFEUER, Heizgerät S 101 einbauen lassen.
Prospekte oder unverbindliche Vorführung durch die Bezirksdirektion Rhein/Ruhr Hans Maly, Solingen-Ohligs, Mozartstraße 7 — Telefon 13060

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Hinter den Kulissen der Zinnkonferenz

Starke Gegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern

Die unter der Schirmherrschaft der UN einberufene sechste Konferenz der in der Zinn-Studien-Gruppe zusammengeschlossenen Erzeuger- und Verbraucherländer von Zinn in Genf ist bekanntlich nach kurzer Verhandlungsdauer ergebnislos abgebrochen worden. Waren die Verhandlungen während der Konferenzdauer in ihrem Fortgang ziemlich geheimnisvoll behandelt worden, so werden jetzt nach dem Scheitern der Konferenz Einzelheiten bekannt, die die Gründe erkennen lassen, warum auch diese Konferenz, wie die vorangegangenen, kein positives Ergebnis haben konnte.

Es ist der grundsätzliche Meinungsstreit zwischen Zinnerzeugern und Zinnverbrauchern, der die Einigung über eventuell zu treffende Maßnahmen unmöglich machte. Natürlich sind die Vereinigten Staaten als das größte Verbraucherland, das normalerweise schon rund 50% der Jahreserzeugung der Welt an Zinn konsumierte, und dessen Bedarf angesichts eines anspruchsvollen Bevorratungsprogramms heute wahrscheinlich noch höher liegt, an einer ausreichenden Zinnerz- und Zinnversorgung zu möglichst niedrigen Preisen interessiert, denn die USA verfügen über keine Zinnerzvorkommen, und die während des Krieges errichtete Zinnhütte der Regierung in Texas City ist auf Erzzufuhren angewiesen. Die USA vertreten damit nur Verbraucherinteressen, und es kann nicht überraschen, daß der amerikanische Delegierte, Mr. Nicholls, der Befürchtung seines Landes Ausdruck gab, die Zinnerzeuger wollten den Versuch machen, unter Preisgabe der Verbraucherinteressen das alte Vorkriegskartell wieder zu errichten, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Zukunft zu gewinnen. Er wandte sich gegen diese Bestrebungen und forderte eine stärkere Berücksichtigung der Verbraucherinteressen.

Die englischen Delegierten Sir Hilton Poynton und Mr. Fergusson sprachen für die englischen Interessen. Nach ihrer Meinung können sich die Malayenstaaten und Nigerien nicht damit einverstanden erklären, daß den USA ein Optionsrecht auf einen zu bildenden Pufferpool zur Auffüllung des strategischen Zinnvorrats der USA eingeräumt wird. Ein solches Optionsrecht wäre gleichbedeutend damit, daß ein Mitgliedstaat der Studien-Gruppe (gemeint waren damit natürlich die USA) in der Lage wäre, die angestrebte Marktregulierung unwirksam zu machen. Sie vertraten jedoch die Ansicht, daß ein Pufferpool-Abkommen getroffen werden sollte, um Irrtümer bei der Festsetzung der vierteljährlichen Exportquoten ausgleichen zu können. Man hätte vielleicht einem Vorschlag der USA zugestimmt, wonach keine Kürzung der Exporte eintreten soll bis 30 000 t im Pool angesammelt sind; wollte dann aber diesen Poolbestand nicht der Möglichkeit aussetzen, daß die USA von einem Optionsrecht Gebrauch machten, denn dann hätte man wieder da gestanden, wo man zu Beginn der Konferenz stand.

Hätten die von England geführten Delegationen der Erzeuger ihren Standpunkt durchsetzen können, und ein Abkommen zur Einschränkung der Erzeugung bzw. der Exporte erreicht, es hätte ihnen wahrscheinlich wenig geholfen, denn die USA verfügen heute schon über einen beträchtlichen Zinnvorrat, den sie jederzeit zu einer Beeinflussung des Marktes einsetzen können, wenn es ihren wirtschaftlichen Interessen entspricht. Sie sind außerdem bemüht, diesen Vorrat laufend zu ergänzen, und man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die phantastische Hausse, die vor Beginn der Konferenz den Zinnpreis in London bis auf 1500 £ je lg/t herauftrieb, durch große amerikanische Regierungskäufe ausgelöst wurde, die eine zeitweilige Verknappung an promptem Zinn zur Folge hatten. Unter Hinweis auf diese Preisentwicklung konnten die Amerikaner nämlich fordern, die Zinnerzeugung in der kommenden Zeit sogar weiter auszudehnen, was natürlich ihren Interessen als größter Zinnverbraucher entsprach, eine Forderung, die von den anderen Verbraucherländern lebhaft unterstützt wurde.

Dieser Interessengegensatz zwischen den Erzeugern und den Zinnverbrauchern macht es wenig wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit ein neuer Versuch gemacht wird, die Verhältnisse in der Weltwirtschaft zu bereinigen, d. h. die auf die Dauer für die Preisbildung schädliche Übererzeugung einzudämmen und die seit dem Kriege mitgeschleppten ungewöhnlich hohen Zinnvorräte abzubauen, von denen ein Teil allerdings in der letzten Zeit in dem amerikanischen Stockpile verschwunden sein dürfte. Dieser Stockpile ist ja im Grunde genommen nichts anderes als ein Pufferpool, nur daß er der Verfügungsgewalt der Zinnerzeuger nicht untersteht. Er bildet eine beträchtliche Gefahr für die Erzeuger, die bei ihren Entschlüssen immer mit ihm rechnen müssen, ist aber andererseits der Grund dafür, daß die USA seit dem Krieg zu einem Faktor in der Weltzinnwirtschaft geworden sind, dessen Stimme schwer wiegt. b.

Weltmetallmarkt

Die Weltmetallmärkte stehen weiter im Zeichen der grauen Preise. Soweit das offizielle Preisniveau in Frage kommt, ist kaum mit einer Änderung in den nächsten Wochen zu rechnen. Lediglich Zinn, das in London an der Terminbörse gehandelt wird, dürfte eine Ausnahme machen. Aber auch hier ist kaum mit so großen Preisschwankungen zu rechnen, wie sie in den vergangenen Wochen teilweise zu beobachten waren. Metalle sind international knapp, und diese Tatsache wird den Märkten in der kommenden Zeit das Gepräge geben, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß die Metallerzeugung nicht ausdehnungsfähig wäre. Es wird jedoch geraume Zeit dauern, ehe sie sich den durch die Aufrüstung der Großmächte geschaffenen neuen Bedingungen angepaßt hat. Die großen Metallerzeuger halten trotzdem an den gegenwärtigen Preisen fest, weil sie genau wissen, daß die Regierung mit scharfen Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Gewinnabsichten vorgehen würde, und sich wahrscheinlich auch nicht scheuen würde, von sich aus Preise festzusetzen, die wahrscheinlich nicht über den gegenwärtigen liegen würden. Unter diesen Umständen muß besonders der private Verbrauch auf das Metallangebot zurückgreifen, das zu den sogenannten grauen Preisen, man könnte schon sagen, schwarzen Preisen am offenen Markt angeboten wird. Gemessen an den geforderten Preisen kann dieses Angebot nicht sehr groß sein.

Zinn: Die Preisveränderungen am Zinnmarkt hielten sich in der Berichtswoche in engeren Grenzen, als man nach der Entwicklung des Krieges in Korea hätte erwarten sollen. Zum Teil mag dazu der Ausgang der Zinnkonferenz in Genf beigetragen haben, der wenigstens die „Gefahr" einer Einschränkung der Zinnerzeugung vorerst gebannt hat, weil die Meinung der USA-Delegation, daß die Zinnerzeugung in der kommenden Zeit eher noch ausgedehnt werden müsse, zumindesten bei den Verbrauchern ungeteilten Beifall fand, dem sich sogar ein Teil der Erzeuger anschloß. Solange die USA weiter in dem bisherigen Ausmaß Zinn für den Stockpile erwerben, ist auch nicht mit einem besonders drückenden Angebot trotz der uneingeschränkten Erzeugung zu rechnen. Das könnte sich jedoch in dem Augenblick ändern, wenn die USA-Regierung sich vom Markt zurückzieht. Und das ist es, was ein Teil der Erzeuger offenbar befürchtet, die sich auf der Konferenz denn auch für eine rechtzeitige Produktionsbegrenzung einsetzten. Die Lage in Korea ist zwar ernst, und es besteht durchaus die Möglichkeit, daß auch andere Teile Ostasiens in die Auseinandersetzung mit einbezogen werden, die jetzt zwischen West und Ost in Ostasien im Gange ist. Es könnte vorübergehend zu Verschiffungsschwierigkeiten kommen, doch sollte das kein Grund dafür sein, die Lage der Zinnversorgung allzu pessimistisch zu beurteilen, denn außer in Ostasien gibt es immerhin noch andere Gebiete, die in der Zinnerzeugung eine wesentliche Rolle spielen, und deren Produktion, wenn nötig, steigerungsfähig ist. Besonders promptes Zinn ist gegenwärtig außerordentlich knapp. Das erklärt auch das hohe Aufgeld, das für prompte Lieferung gezahlt wird. Es sind eben zur Zeit vollständig abnormale Bedingungen, die die Entwicklung am Weltzinnmarkt beherrschen. Schon eine leichte Entspannung in der weltpolitischen Lage könnte die Situation grundlegend ändern.

Kupfer: Die Kupferknappheit, die bisher ein besonderes Zeichen des Marktes in den USA war, greift jetzt auch auf den europäischen Kontinent und auf England über. Aus London wird berichtet, daß die bisher recht reichliche Versorgung der englischen Wirtschaft mit dem roten Metall einer sich immer mehr bemerkbar machenden Verknappung gewichen ist. Es bleibt nun abzuwarten, ob das Versorgungsministerium die in seinem Besitz befindlichen Bestände freigeben wird. Das hängt wiederum von den Aussichten ab, die für den Erwerb von kanadischem und rhodesischem Kupfer für die nächsten zwölf Monate bestehen. Kanada und Rhodesien waren in der letzten Zeit die wichtigsten Versorgungsquellen für die englische Industrie. Westdeutschland erhielt in den ersten acht Monaten dieses Jahres gleichfalls 10 000 t rhodesisches Kupfer. Es besteht in der gegenwärtigen Lage durchaus die Möglichkeit, daß die Kupfererzeuger des englischen Weltreichs angesichts der allgemeinen Kupferknappheit mit ihren Forderungen heraufgehen, selbst wenn der amerikanische Inlandspreis, der bisher die Richtschnur für die Notierung des englischen Versorgungsministeriums war, unverändert bleiben sollte. Das würde bedeuten, daß das Versorgungsministerium in einen gewissen Zwiespalt kommt. Auf der einen Seite würde es mehr für Kupfer zahlen müssen, während es auf der anderen Seite seinen Abgabepreis nur auf Kosten des englischen Verbrauchers heraufsetzen könnte. Anzeichen einer solchen divergierenden Preisentwicklung machten sich übrigens in der Berichtswoche schon für Zinn bemerkbar, obwohl hier die Führung in der Preisbildung eigentlich bei London liegen sollte. Die amerikanischen Notierungen kamen per Saldo eher etwas schwächer.

Blei: Dieser Markt ist gegenwärtig eher uninteressant, obwohl auch hier die Stimmung im ganzen etwas fester ist. Aber das ist, zum Teil zumindesten, eine Rückwirkung der allgemeinen Lage der Weltmarktmärkte. Die Berichte über die Entwicklung des amerikanischen Marktes, der ja den Anstoß zu der letzten Preisheraufsetzung gegeben hatte, waren in der Berichtswoche ziemlich widerspruchsvoll. Hieß es zuerst, daß mit einer weiteren Preisbesserung für Blei zu rechnen sei, so war der Markt später recht labil. Promptes Blei war ziemlich reichlich angeboten, und der Handel rechnete eher mit einer nachgebenden Tendenz. Die Bleiverbraucher in England, weniger noch auf dem Kontinent, haben keine große Eile an den Tag gelegt, sich einzudecken. Man beurteilt die Versorgungsaussichten offenbar nicht gerade ungünstig.

Zink: Bisher ist noch nicht zu erkennen, daß die außerordentlich angespannte Lage dieses Marktes sich in absehbarer Zeit ändern könnte. In den USA ist Zink so knapp, daß mit Verbrauchseinschränkungen gerechnet werden muß, wie wir schon berichteten. In England glaubt man, daß bei einer Durchführung der Wiederaufrüstung in dem vorgesehenen Maß, sich eine gleiche Maßnahme nicht wird vermeiden lassen. Die Verbraucher in England wären durchaus bereit, höhere als die vom Versorgungsministerium festgesetzten Preise zu zahlen, wenn sie nur Zink erhalten könnten. Das englische Versorgungsministerium gibt bekannt, daß für Rohzink im kommenden Jahr ein Zuteilungssystem eingeführt werden soll. In der Zwischenzeit werden nur Lieferungsaufträge bis Ende Dezember dieses Jahres angenommen. Der englische Zinkverbrauch lag in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit 273 848 lg/t gegen 233 141 lg/t in der gleichen Zeit des Vorjahres um rund 40 000 lg/t höher. Die englischen Zinkbestände, obwohl noch höher als die amerikanischen, sind zum Ende Oktober auf 40 881 lg/t gesunken, wovon sich 21 286 lg/t in den Händen des Versorgungsministeriums befinden. Wie für Kupfer, werden auch für Zink sowohl in den USA als auch in England und auf dem Kontinent beträchtliche Überpreise gezahlt.

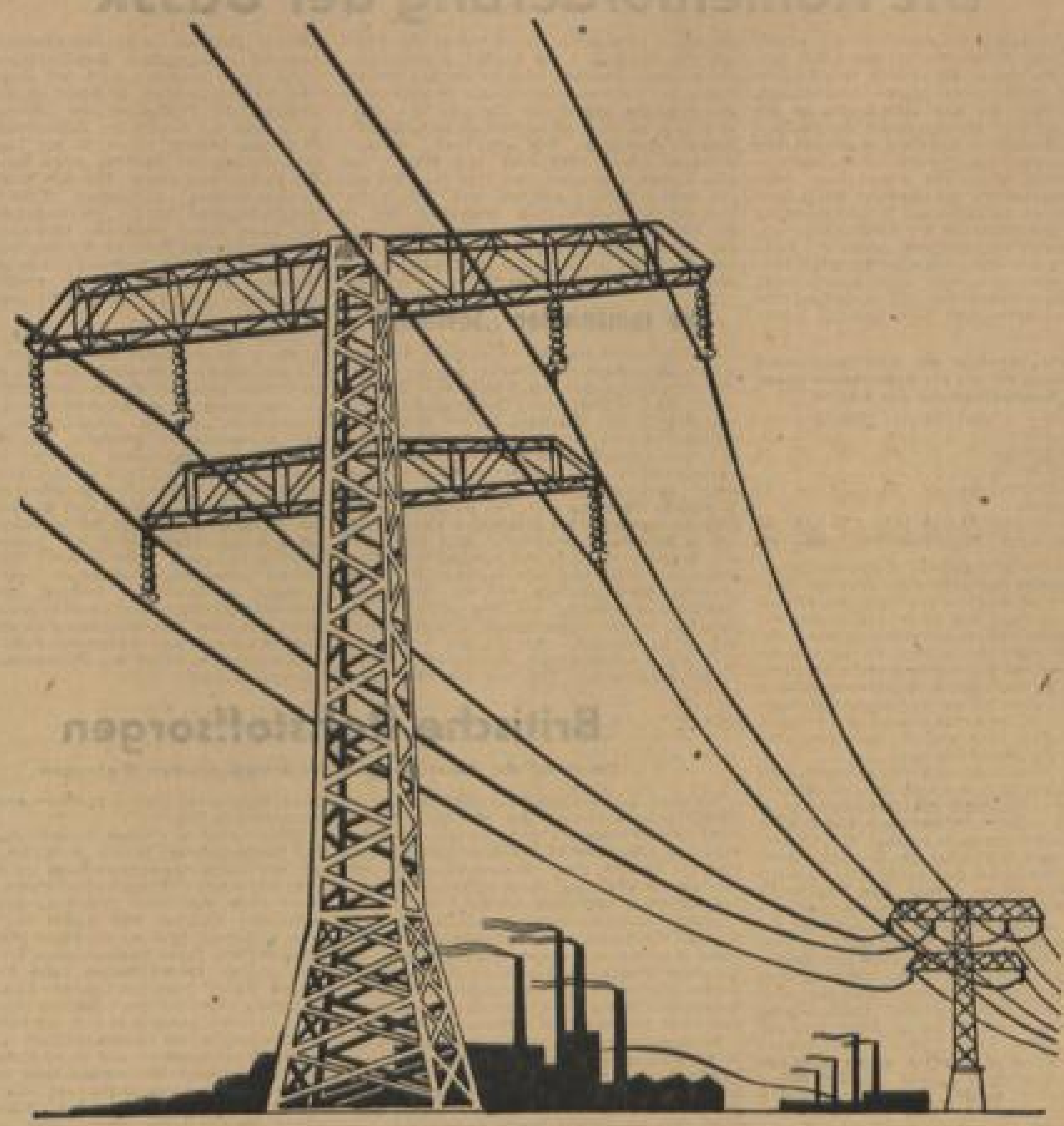
Aluminium: Die amerikanische Regierung hat jetzt Pläne bekannt gegeben, nach denen die Aluminiumerzeugung der USA um 100 000 t jährlich ausgeweitet werden soll. Die General Services Administration, der Agent der amerikanischen Regierung für die Aluminiumversorgung, hat mit der Reynolds Metal Company ein Übereinkommen getroffen, nach dem eine neue Reduktionsanlage mit einer Kapazität von 75 000 t im Frühjahr 1951 produktionsbereit sein soll. Die Anlage der Reynolds in Jones Mill, Arkansas, soll zusätzlich 25 000 t im nächsten Jahr erzeugen. Wir wiesen bereits darauf hin, daß die Aluminiumknappheit in den USA der westdeutschen Aluminiumindustrie gewisse Chancen bietet. Wie jetzt bekannt wird, sollen die westdeutschen Erzeuger demnächst von der ECA eine Sonderunterstützung erhalten. Gegenwärtig laufen Verhandlungen, nach denen die deutschen Aluminiumwerke einen Kredit von 24 Mill. DM aus jenen 5% der Gegenwertmittel erhalten sollen, die sich die ECA für administrative Ausgaben und den Kauf strategischer Rohstoffe der USA vorbehalten hat.

Metallpreise vom 4. Dezember 1950

	Engl. in £ je lg/t	USA in cts je lb	Westd. in DM je 100 kg
Kupfer	202/0/0	24,50	238,50
Blei	137/10/0	17,00	167,00
Zink	151/0/0	17,50	171,50
Zinn	1150/0/0	143,00 nom.	1268,00
Aluminium	124/0/0	19,00	—

Erdbohrer, Brunnenbohrer „TALPA"
eigener Bauart, auch für Horizontalbohrungen — mit konischer Gewindeverbindung
Friedrich Wohlenberg, gegr. 1913, München [illegible]

Vertretungen in Frankreich
[illegible]



Die Zusammenfassung der Energiequellen

Steinkohle, Braunkohle,
Wasser durch planmäßigen
Verbundbetrieb

gewährleistet weitgehende Sicherheit in der Stromversorgung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg